

Die.Linke - Chance oder Scheitern?

Diskussion zwischen
Jens König (taz-Redakteur),
Oliver Nachtwey (Parteienforscher)
und Katina Schubert (Stellvertreten-
de Vorsitzende Linkspartei.PDS)



2,00 €

Hamburger Skripte 17

Die.Linke - Chance oder Scheitern?

Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS)

Moderation: Meinhard Meuche-Mäker

Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Hamburg, Juli 2007

2,00 €

Diese Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Bestellhinweise

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Bank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,45 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.

Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.

Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.

c/o Treffpunkt St. Georg | Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Telefon 040 - 29 88 24 35
info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de | www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Die.Linke - Chance oder Scheitern?

Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS)

Moderation: Meinhard Meuche-Mäker

Moderation: Meinhard Meuche-Mäker

Meinhard Meuche-Mäker: Zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren gibt es in der Bundesrepublik die Chance für eine nennenswerte, auch parlamentarisch agierende Partei links von Sozialdemokratie und Grünen. Auf ihren Parteitag haben sich WASG und Linkspartei.PDS Ende März im Prinzip geeinigt, nach den jetzt laufenden Urabstimmungen soll Mitte Juni die Vereinigung vollzogen werden. Auch für Menschen, Linke, aber auch in sozialen Bewegungen engagierte, die sich selbst überhaupt nicht für die Idee einer Partei erwärmen können, spielt es eine Rolle, ob dieses Projekt gelingt oder scheitert.

Wir haben neben einer Repräsentantin der sich bildenden Partei Die.Linke zwei Gäste eingeladen¹, die aus kritischer Distanz und mit beruflichem Interesse einen Blick auf diese neue Partei werfen. Wir versprechen uns davon eine offene und erkenntnisreiche Diskussion, die einige Antworten auf die Frage nach den Chancen und Problemen dieses Projekts finden lässt.

¹ Es handelt sich um einen Mitschnitt der Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes in Hamburg am 3.5.2007 „Die neue Linke vor der Fusion - Chance oder Scheitern?“

Ich freue mich, Jens König zu begrüßen. Er ist Parlamentsredakteur der tageszeitung in Berlin und unter anderem intimer Kenner der PDS, was sich auch seiner äußerst interessanten Biographie über Gregor Gysi ablesen lässt. Weiterhin haben wir eingeladen Oliver Nachtwey. Er ist Parteienforscher an der Uni Göttingen, salopp formuliert aus dem kreativen „Stall“ um den Göttinger Politologen Franz Walter. Nachtwey gehört zu den Autoren der vor kurzem erschienenen Studie „Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?“ Die Dritte im Bunde ist Katina Schubert. Sie ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei.PDS und kommt aus NRW. Sie ist sehr kurzfristig eingesprungen für Bodo Ramelow, den Fusionsbeauftragten der Linkspartei, den eine Parlamentarierdelegation nach Ägypten verschlagen hat. Umso mehr Dank an Katina Schubert.

Jens, wie stellt sich aus Deiner Sicht der Stand der Parteibildung dar?

Jens König: Rein rechtlich gibt es den Zusammenschluss von PDS und WASG noch nicht, aber sie ist bereits in einem Normalzustand angekommen. Nach der Anfangseuphorie und diesen überschießenden Erwartungen, die es, sagen wir mal im Frühjahr, Sommer 2005 gab, als Gysi und Lafontaine erklärt haben, sie kommen in die Politik zurück, als Lafontaine erklärt hat, er würde als Repräsentant dieser neuen Linkspartei auch antreten. Damals gab es so ein, sagen wir mal weitestgehend im linken Milieu, ja, bis hin in grüne Kreise, bis hin in sozialdemokratische Kreise eine unglaubliche Euphorie. Diese Euphorie ist verflogen, und ich glaube, dass die Partei jetzt schon mit dem Normalzustand zu kämpfen hat, obwohl sie noch nicht einmal vereinigt ist. Aber ich glaube, im Bewusstsein des normal denkenden politischen Bürgers existiert diese Linkspartei bereits, und diese Bürger fragen sich, was diese Partei eigentlich tut. Und die Partei wiegt sich in der Hoffnung, na ja, wir werden uns jetzt vereinigen und wenn wir dann vereinigt sind, dann geht's richtig los. Dann kommt der Aufbruch, dann kommen neue Leute zu uns, dann können wir sagen, jetzt ist es sicher, dass wir fusioniert sind.

Meinhard Meuche-Mäker: Katina Schubert, das ist ja eigentlich eine ganz praktische Frage. Also die Partei existiert virtuell, aber was tut sie eigentlich wirklich.

Katina Schubert: Im Moment existieren zwei Parteien. Und diese zwei Parteien sind, was etwas relativ Ungewöhnliches für die deutsche Linke ist, damit beschäftigt, sich zu einer Partei zusammenzufinden. Das gab es bisher noch nicht so häufig und schon gar nicht in der Form, dass zwei Parteien sich auf der Linken zusammentun, die tatsächlich auch so etwas wie politischen Einfluss generieren. Wir hatten das im Sektenmilieu schon das eine oder andere mal, VSP oder ähnliches sind Beispiele, aber nicht in der Form, dass also tatsächlich Fraktionen dahinter stehen, dass sogar eine Regierungsbeteiligung dahinter steht, und es geht jetzt hier tatsächlich auch um so etwas wie die Generierung politischer Einflussnahme und politischer Macht. Das kann man jetzt schon mal so sagen.

Und das macht natürlich die Partei auch jetzt schon. Sie macht sozusagen das, was die Linkspartei bisher getan hat, das macht sie jetzt auch, und gleichzeitig hat sie sich in einen Fusionsprozess mit einer anderen Partei begeben, die eine viel kürzere Geschichte hat, eine viel vielschichtigere und schillerndere Tradition als die Linkspartei.PDS und die auch von der programmatischen Ausrichtung her natürlich eine viel kürzere Geschichte hat und damit auch wesentlich eindimensionaler und auf einen Punkt bezogen ist als das, was die Linkspartei.PDS darstellt, was jetzt aber nicht als Vorwurf oder sonst etwas gedacht ist, sondern das hat einfach etwas mit den unterschiedlichen Entstehungsgeschichten zu tun. Und insofern ist diese Partei auf der einen Seite im Moment mit ihrem normalen Geschäft, was sie als Partei tut, beschäftigt, und auf der anderen Seite ist sie damit beschäftigt, eine Fusion hinzubekommen, die nicht ganz unkompliziert ist. Da stimme ich Ihnen völlig zu, es gab eine Euphorie im Jahre 2005, ich würde auch sagen noch über den Frühsommer hinaus, weit bis über die Bundestagswahl hinaus, als viereinhalb Millionen Menschen uns ihre Stimme gegeben haben in der Erwartung und zum Teil auch in dem Glauben, diese neue Partei gibt es schon, wo wir auch die große Hoffnung hatten, dass jetzt Linke dazu kommen, die über das Spektrum von Linkspartei.PDS und WASG hinausgehen, dass sich das kritisch intellektuelle Milieu, das grün-alternative Milieu mehr zur Linken hin öffnet, als das bisher gelungen ist. Und da muss man sehr selbstkritisch einräumen, dass ist n o c h nicht der Fall.

Nun gibt es eine ganze Menge Leute, die sagen, wir warten jetzt erst einmal ab, ob ihr das wirklich schafft mit der Fusion, wenn ihr das wirklich schafft, arbeitsfähig zu werden und damit präsent seid in Ost wie West, und zwar stärker als bisher, dann kommen wir auch zu euch. Da muss man abwarten, ob das dann auch tatsächlich der Fall ist. Das hängt natürlich auch ganz entscheidend davon ab, welche Signale und welche Impulse von der neuen Linken ausgehen. Ist es der Impuls, den Franz Walter in seinem letzten Beitrag genannt hat, das sind die Grauhaarigen und die Ergrauten, die eine neue Form linken Konservatismus in die Gesellschaft setzen und damit Identifikation schaffen, dann werden es ganz andere Milieus und andere Menschen sein, die wir anziehen können, als wenn wir tatsächlich eine Ausstrahlung entfalten, wie wir dieses Land verändern - also nicht nur bestimmte Werte weiterhin verkörpern wollen wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit - sondern tatsächlich dieses Land auch in diese Richtung verändern zu wollen. Und das ist ein anderer Impuls als das, was Franz Walter da beschreibt.

Meinhard Meuche-Mäker: Da können wir ja vielleicht Oliver Nachtwey zu befragen. Eine der Kernthesen dieses Buches zur Linkspartei² - das von Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter herausgegeben wurde, aber

² Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007

wenn man da reinguckt, dann sieht man, dass Oliver Nachtwey eben eine ganze Menge darin geschrieben hat - eine der Grundthesen ist die der Vertretungslücke. Soll heißen der Wandel der SPD, also mit Agenda 2010 und den ganzen Dingen, die ihr alle kennt, hat dazu geführt, dass es eine Lücke in der Repräsentation gegeben hat, und diese Lücke wurde von der WASG und PDS ausgesprochen geschickt genutzt. Aber die meisten Wähler und Wählerinnen sind eben nach wie vor bestimmten politischen Inhalten treu geblieben, ihre Loyalität hat sich gegenüber der ursprünglichen Partei hin zu der neuen Partei gewandelt, aber damit ist eben, und ich zitiere jetzt „somit ist die Linkspartei, metaphorisch gesprochen, Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie“. Andere Autoren in anderen Studien haben das anders beschrieben, aber eigentlich das gleiche gemeint. Was bedeutet das und was hat das dann für Auswirkungen, ist Die.Linke die neue Sozialdemokratie oder sind beide das trotzdem etwas völlig anderes?

Oliver Nachtwey: Also das kann ich jetzt noch nicht so spontan beantworten, ob das die neue Sozialdemokratie ist, das wird sich erst noch herausstellen müssen. Was wir empirisch festgestellt haben, das ist folgendes, und ich glaube, für viele war das in dieser Phase 2004/2005 auch relativ sichtbar: Dass die SPD in der materiellen Politik, aber auch in ihrer Rhetorik, in ihrer ganzen politischen Semantik sich weit von dem entfernt hatte, was sie ursprünglich einmal dargestellt hat. Und das ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, und die Agenda 2010 – das ist jetzt auch ganz abseits von moralischen Kategorien – ist auch in sozialphilosophischer Hinsicht und in der Tradition der SPD ein Bruch mit der Partei selbst gewesen. Was dem aber den tatsächlichen Aufwind gegeben hat für die Linkspartei, also dass man praktisch, dass die Linkspartei 2005, oder das Bündnis muss man ja konkreter sagen damals noch, eine Million Wähler von den vier Millionen Wählern aus dem SPD-Lager gewinnen konnte, zeigt, dass es praktisch eine Lücke gab zwischen der Politik der SPD und den nach wie vor bestehenden Einstellungen in der Bevölkerung. Es gibt eine Einstellungsforschung in Deutschland, die ist eigentlich in den letzten Jahren immer kontinuierlich weitergeführt worden und die kommt immer wieder zu dem gleichen Ergebnis, nämlich dass die Einstellung der Deutschen im Prinzip durch alle Klassen oder alle Schichten hindurch, durch alle Milieus hindurch konstant geblieben ist, man möchte einen relativ umfassenden Wohlfahrtsstaat haben. Diese Einstellungen sind etwas zurückgegangen, aber gemessen an dem medialen Diskurs, der sehr wohlfahrtskritisch war, sind sie wahnsinnig konstant geblieben, und nach unserer Meinung ist eben diese Lücke zwischen den hohen Wohlfahrtseinstellungen der Bevölkerung und der Politik der SPD. Dazu kommt, dass die CDU nicht in der Lage war, tatsächlich das aufzunehmen. Also die CDU ist nämlich in Deutschland keine reine rechtskonservative Partei, sondern hat tatsächlich einen starken Arbeitnehmer- und sozialen Flügel, man erinnere sich nur daran, dass die Rentenversicherung zum Beispiel und auch die Pflegeversicherung von der CDU eingeführt wurden.

Also die CDU war eben nicht in der Lage, das aufzunehmen, und das hat diese Lücke für die Linkspartei aufgemacht und das konnte man füllen. Letzter Punkt: Was für mich dabei aber kritisch herauskommt ist, man konnte auf dem Ticket soziale Gerechtigkeit eben viele Wähler, eine Million von der SPD gewinnen und auch viele Nichtwähler mobilisieren, aber was sich generell verändert hat, ist, dass sich viele Leute nach wie vor noch links fühlen und so ein hohes positives Wohlfahrtsverständnis haben, aber was generell zurückgegangen ist, das ist die Loyalität zu Parteien. Nicht nur zur SPD, das gilt genauso auch für die Linkspartei. Also das, was man da geschafft hat, nämlich über soziale Gerechtigkeit die Wahlen zu gewinnen, kann man so schnell, wie man das gewonnen hat, so schnell auch wieder verlieren. Und das heißt, der Erfolg der Linkspartei steht nicht auf tönernen Füßen, aber er ist fragil.

Meinhard Meuche-Mäker: Katina Schubert, ich würde an diesem Punkt noch einmal nachfragen. Du hast dich ja viele Jahre sehr stark im Bereich des Antirassismus engagiert, bist Autorin bei der Jungen Welt gewesen usw. - also sozusagen klassisch West-PDS - kannst du dir dieses Bild vorstellen, jetzt in so einer neuen Partei zu sein, die sagt, sie füllt jetzt diese sozialdemokratische Lücke, ist also jetzt sozusagen Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie. Kannst du mit diesem Bild etwas anfangen? Das ist ja nun kein homogener Block oder Akteur und diese neue Partei, wie würdest du aus deiner Sicht damit überhaupt umgehen?

Katina Schubert: Nun richtet sich Realität nicht danach, was Politologen und Politologinnen, ich habe das selbst studiert, so analysieren. Insofern ist natürlich auch die Realität in der Linkspartei und auch in der neuen Partei Die.Linke viel schillernder, als dass man sagen kann, es ist nur einfach das Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie. Ich persönlich, von meiner politischen Biografie her, bin Ende 1980 als 18-Jährige in die SPD eingetreten und 1982 als 20-Jährige wieder ausgetreten im Zuge um die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung und als dann die SPD auf ihrem Bundesparteitag den NATO-Doppelbeschluss bestätigt hat. Insofern hatte ich auch eine kurze Phase in der Sozialdemokratie, aber die war eben von meinem Leben her sehr kurz. Und ich kann es mir eigentlich auch persönlich nicht vorstellen, in einer Partei zu sein, die sich als sozialdemokratische Partei begreift, weil diese Form der Sozialdemokratie immer eine sehr etatistische war. D.h. sie setzt auf Umverteilung von oben nach unten, sie setzt auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Umverteilung, was ich in großen Zügen und weiten Teilen auch richtig finde, aber das war auch immer gekoppelt, zumindest partiell, mit dem autoritären Begriff von Obrigkeitsstaat und einem autoritären Begriff im Bereich der Einwanderung und Asylpolitik, und das war nie mein Verständnis.

Insofern ist es natürlich richtig, wenn er darauf hinweist, wo ich herkomme, dass es da eben auch massive Auseinandersetzungen geben wird. Ich gehörte auch zu

denen im Parteivorstand der Linkspartei.PDS, die gesagt haben, als die WASG hochkam 2004, bevor es um den gemeinsamen Wahlantritt ging, bevor wir über Kooperation diskutieren, sollten wir vielleicht darüber diskutieren, wo unsere politischen Gemeinsamkeiten und wo die politischen Differenzen sind. Dass es eben nicht ausreicht zu sagen, wir sind gegen die Agenda 2010 und gegen Hartz IV, worauf wir uns sofort verständigen können, wir sind vielleicht auch noch dagegen, dass die Bundeswehr ins Ausland kommt, darauf können wir uns auch noch verständigen, aber wofür sind wir eigentlich, was sind eigentlich die Essentials von Politik, auf die wir uns verständigen können, wofür wir eintreten, was wir wollen, um dieses Land zu verändern. Und da reicht es dann eben auch nicht, dafür einzutreten, wohlfahrtsstaatliche Mechanismen von Umverteilung wieder herzustellen, die mal funktioniert haben in der Bundesrepublik West der 70er und 80er Jahre. Aber selbst da war es ja schon fragil und selbst da hat es ja darauf basiert, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt waren von den Umverteilungsmechanismen. Ob das jetzt die Migranten und Migrantinnen waren oder zum Teil auch Frauen, die ja eine viel geringere Erwerbsquote hatten, als das heutzutage im übrigen der Fall ist, das kann man ja jetzt alles aufzählen.

Insofern geht es, glaube ich, für die neue Linke darum, wenn sie tatsächlich eine Chance haben will, aus dem zu lernen, was die SPD an Scheitern erlebt hat. Ich glaube, dass man die Idee der sozialen Gerechtigkeit, die Idee der Umverteilung von oben nach unten überhaupt nicht aufgeben darf und dass man das Vertrauen, das die SPD entwickelt hat in neoliberale Funktionsweisen - also der Markt wird's schon irgendwie richten, wenn uns selbst nichts mehr einfällt, denn das ist doch irgendwie der Hintergrund der ganzen Maßnahmen. Die SPD war doch ratlos gegenüber den krisenhaften Erscheinungen in der Ökonomie und den sozialen Sicherungssystemen, so dass sie dann irgendwann mal darauf gesetzt hat, na ja irgendwie wird es schon funktionieren. Und „irgendwie“ funktioniert eben in einer marktgesteuerten Wirtschaft gar nichts, sondern das läuft dann eben immer auf einen Umverteilungsmechanismus von unten nach oben hinaus. Dass man politischen Regulierungen gegensteuern muss, das finde ich einen vernünftigen Ansatz, und insofern ist es richtig und dieser Ansatz muss sich auch in der neuen Linken wiederfinden und findet sich auch unbestritten wieder. Da gibt es ganz breite Strömungen über alle Herkünfte und Traditionen hinweg, aber das allein macht eben eine Partei noch nicht zu einer linken Partei.

Eine linke Partei kann aus meiner Sicht nur dieses Etikett für sich in Anspruch nehmen und es dann tatsächlich dann auch als Partei leben, wenn sie denn eben auch für gleiche Rechte der in diesem Land und in diesem Europa lebenden Menschen eintritt, wenn sie auch dafür eintritt, dass gleiche Chancen geboten werden, unabhängig von Geschlecht, Gesundheitszustand, Herkunft, dass so etwas wie Ausgrenzungstendenzen über Rassismus, Antisemitismus, über andere Ausgren-

zungsmechanismen wie Geschlechterzuweisungen, entgegengewirkt wird. Und das macht Politik viel viel komplizierter als die Frage, wie man denn den unbestritten noch immer sehr hohen materiellen Wohlstand, den es in diesem Land gibt, so verteilt, dass möglichst viele möglichst viel von diesem Kuchen abbekommen. Und insofern wird es sich, glaube ich, entscheiden, in den nächsten zwei bis drei Jahren, und es wird ganz heftige Auseinandersetzungen geben um die Ausrichtung der Linkspartei. Die kann man jetzt schon nachlesen, und zwar zwischen den klassischen Vertretern der Sozialdemokratie und denen, die aus einer eher undogmatischen Richtung in der Linkspartei kommen. Das ist auch richtig und notwendig, dass es diese Auseinandersetzungen gibt. Das einzige, worauf wir, glaube ich, achten müssen ist, dass wir trotzdem als Partei handlungsfähig bleiben und die Hoffnungen, die in uns gesetzt werden – da ist von der Vertretungslücke gesprochen worden, die gibt es natürlich -, über die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die wir brauchen, nicht zu vernachlässigen.

Eine ganz kleine Anmerkung noch zu der Frage der Vertretungslücke und der fragilen Wählerschaft. Ich glaube, dass die parlamentarische Demokratie insgesamt relativ fragil wird, was die Zustimmung von Wählerinnen und Wählern anbelangt. Wenn man sich anschaut, dass die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt eine Wahlbeteiligung von unter dreißig Prozent hatten, dann ist das relativ dramatisch, so dass ich es auch gar nicht ausschließen kann, dass sich zunehmend neben den Grundfesten der parlamentarischen Demokratie auch neue Formen von politischer Partizipation, neue Formen von politischer Artikulation von Bürgerinnen und Bürgern herausbilden, die von Parteien relativ weit weg sind, die mit Parteien gar nichts zu tun haben. Wenn man sich anguckt, dass auf kommunaler Ebene Versuche von Beteiligungshaushalten stattfinden, sachkundige Bürgerinnen und Bürger zunehmend versuchen, Einfluss zu bekommen, ohne sich deswegen gleich in Parteidisziplinen zu binden, dass Bürgerinitiativen und andere Gruppen versuchen, Einfluss zu bekommen, sich auch in Stadträte wählen zu lassen, die ja jetzt nicht in dem Sinne Parlamente sind, und versuchen, darüber Politik mit zu beeinflussen, dann gibt es da schon Bewegungen, die im Moment keiner von uns, die jetzt in Funktionen in Parteien sind, einschätzen können, wobei ich aber glaube, dass man als linke Partei gut beraten ist, wenn man sehr offen ist für das, was sich entwickelt und was sich auch verändert im Bewusstsein der Bevölkerung.

Meinhard Meuche-Mäker: Franz Walter hat in diesem Buch eine These wiedergegeben, die er häufiger vertritt. Er sagt, für eine linkssozialistische Partei ist diese Kombination aus Bildungseliten auf der einen Seite und Unterschichten auf der anderen Seite eine ideale Ausgangsposition. Und er fährt dann fort, es gäbe diesen Kern an Linken, das sind die in den 50er Jahren Geborenen. Jeder dritte Linksparteiwähler bei der Bundestagswahl 2005 entstammt diesen Altersgruppen, ist in den Adenauer-Ulbricht-Jahren zur Welt gekommen, wie er das nennt. Aber ent-

scheidend sei, dass sie in den 70er Jahren politisch sozialisiert worden sind, und zwar sowohl in Ost wie West, und das waren eben die Zeiten des sozialen Aufbruchs, der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung und auch der Möglichkeiten von Frauen, erstmals in großem Ausmaß Bildungschancen wahrzunehmen usw. usf. Dies mündet in der These der sog. ergrauenden Gesellschaft, dass die Linke dort ausgesprochen gute Chancen, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus habe. Jens König kennt ja diese These auch, steht ja auch in der taz und ist ja vielleicht auch plausibel. Aber kann man als Journalist davon ausgehen, dass dann die Politik dieser Partei das widerspiegelt? Können die damit überhaupt etwas anfangen? Nutzt denen das was?

Jens König: Weiß ich nicht. Ich glaube, dass die These von Walter ja nur eine andere Form dieser These ist von der zweiten Sozialdemokratie, also sozusagen generationsspezifisch ein wenig betrachtet. Und ich glaube, dass die nicht ganz verkehrt, aber auch nicht richtig ist. Denn sie versucht irgendwie, eine Homogenität herzustellen, die es in den Parteien einfach nicht gibt, weder zwischen PDS und WASG noch innerhalb dieser beiden Parteien. Wahrscheinlich noch am ehesten innerhalb der WASG selbst, aber sie berücksichtigt eben auch einen Teil von Faktoren nicht, die Politik ausmachen. Nehmen wir einmal einen ganz simplen, der zwar ein wenig oberflächlich ist, aber auch nicht ganz verkehrt. Politik muss irgendwie auch ein bisschen sexy sein, also das muss die Leute auch ansprechen. Und ich glaube, dass dieser „Sexyness-Faktor“ im Sommer 2005 natürlich auch durch diese Personalisierung über Gysi und Lafontaine gelaufen ist. Dieses doppelte Comeback, sowohl von Gysi als auch von Lafontaine, hat eine unglaubliche Dynamik ausgelöst und hatte natürlich für Journalisten und auch für Leser, Zuschauer, Wähler, Bürger einen attraktiven Aspekt der Personalisierung. Man kann jetzt zwar lange lamentieren und kommt nicht wirklich zu einer Antwort, aber man kann sich mal dem Gedankenspiel hingeben, wenn Schröder nicht die Flucht nach vorn gewagt hätte, sondern ein Jahr länger ausgeharrt hätte, also bis 2006, ob PDS und WASG in dieser Form überhaupt zueinander gekommen wären. Dieses Projekt lebte natürlich von dem Ehrgeiz dieser beiden Führungsleute. Die politischen und sozialen Voraussetzungen waren ohne Zweifel gegeben, gar keine Frage, die Abkehr der SPD von ihren Positionen hat das begünstigt, aber das braucht auch einen Auslöser. Dieser Auslöser waren die vorgezogenen Neuwahlen von Schröder, und dadurch hat er Gysi und Lafontaine unter Zugzwang gesetzt. Und das war vielleicht eine historisch einmalige Gelegenheit. Wenn die beiden nicht gesprungen wären innerhalb dieser vier Wochen, würde es diese Fusion vielleicht nicht geben. Das widerspricht nicht ganz grundlegend der These, dass natürlich die Voraussetzungen dafür da sind, aber es braucht auch immer eine Gelegenheit, es braucht Personen oder wie ich jetzt etwas zugespitzt sage, auch so einen populären Faktor, der Politik heutzutage einfach auch ausmacht. Und diese These von Walter berücksichtigt zum Beispiel dieses Element nicht. Ich kann mir nicht vor-

stellen, dass Wähler auf Dauer, ja, wie soll ich sagen, politisch redliche, ältere, etwas ergraute politische Gruppierungen wählen. Also die Grundvoraussetzungen müssen da sein und sind da, aber das muss mit Leben erfüllt werden. Und ich glaube, dass das an der These von Walter ein bisschen fehlt.

Meinhard Meuche-Mäker: Nun ist Walter ja nicht hier, aber ich würde trotzdem noch einmal bei dir, Oliver, nachfragen. Ist denn aus eurer Sicht, also aus eurer Forschungsgruppe, ist da mehr dran? Es ist natürlich schon eine bestimmte Altersgruppe, soziologisch würde von Kohorten gesprochen, die natürlich bestimmte Erfahrungen und Prägungen erfahren haben, die einfach sagen, also dieser Sozialstaat, damit sind wir gut gefahren... Walter schreibt ja auch, in der Bundesrepublik ist es eben zum ersten Mal gewesen, dass es eine relative Möglichkeit gab, auch im ländlichen Raum so etwas wie eine höhere Schulbildung zu bekommen, dass Frauen in einem quantitativen Ausmaß zum ersten Mal auch an Berufschancen partizipieren konnten, also das sind ja eine ganze Reihe von Gründen. Ob das nun genau die Menschen zwischen 45 und 59 sind, über die man da redet, aber das sind eben tatsächlich die gewesen, die gesagt haben, wir haben diese Erfahrungen gemacht und haben sozusagen auch den Nutzen davon gehabt und wir wollen uns das jetzt auch nicht zerstören lassen, von wem auch immer. Kann man von der Wahlforschung dazu noch mehr sagen?

Oliver Nachtwey: Ich kann jetzt nicht für Franz Walter sprechen, aber Jens König weiß ja auch, dass Franz Walter ein gewisses journalistisches Talent hat, und dazu gehört eben auch, eine These zuzuspitzen, und das macht er eben mit dieser ergrauenden Gesellschaft. Was er sagt, und ich finde, das hat einen sehr realen Hintergrund, ist, es gibt eine bestimmte Kohorte, und ich kann das jetzt mal an einem Beispiel machen. Ich habe für einen Aufsatz in dem Buch zentrale Akteure der WASG interviewt. Habe mich mit denen getroffen und habe über deren politische Sozialisation mit ihnen geredet, und das sind alles Leute, die Anfang der 70er bis Mitte der 70er Jahre sozialisiert worden sind, die waren in den Gewerkschaften, und die sind in die SPD eingetreten, als tatsächlich diese Reform euphorie bestanden hat und die sich ja auch materiell ausgewirkt hat. Das waren Leute aus nicht unbedingt bildungsnahen Familien, die sich nach oben gearbeitet haben, für die das Bildungssystem eine Öffnung gebracht hat und die dem Wohlfahrtsstaat gegenüber weiterhin sehr aufgeschlossen waren, weil sie eben darin sehr erfolgreich sozialisiert worden sind. Das ist das Wahlsoziologische auch, es waren halt nicht nur diese Gewerkschaftsaktivisten, sondern es gibt in Deutschland eben eine relativ große Kohorte, eine große Gruppe von Menschen, die so sozialisiert worden ist und deshalb tendenziell eine Partei für soziale Gerechtigkeit wählen würden. Was aber natürlich auch stimmt ist, und ich würde dem überhaupt nicht widersprechen, also der erste Aufsatz heißt ja auch „Günstige Gelegenheit“. Es geht uns tatsächlich darum, und man hat auch immer ein

bisschen das Problem, wenn man in einem Buch mit Franz Walter geschrieben hat, alle Leute lesen immer nur die Aufsätze von Franz Walter, die anderen werden dann nicht mehr so wahrgenommen. Das ist ja auch, ich finde, er hat ja auch einen guten Stil, und das ist ja auch völlig legitim, aber der Rest des Buches beschäftigt sich eben genau mit diesen Fragen, also auch mit diesem situativen Moment von Führungsfiguren, mit der Rolle von Charisma. In dem ersten Aufsatz, an dem ich beteiligt war, haben wir uns in einer etwas politikwissenschaftlicheren Sprache, - das muss man manchmal tun, um die Aufsätze dann auch in einem wissenschaftlichen Band zu veröffentlichen -, dann mit der Frage von Deutung beschäftigt und wie Akteure, dazu gehören sowohl Gewerkschaften als auch soziale Organisationen wie Attac, aber auch die einzelnen Popularisierer, dazu gehören eben solche Leute wie Klaus Ernst, Lafontaine, Gregor Gysi, die Idee der sozialen Gerechtigkeit über eine Welle von Demonstrationen, Kongressen, Veranstaltungen und Zeitungsartikeln in Deutschland wirklich gegen die SPD in Stellung gebracht haben. Und die anderen Aufsätze beschäftigen sich auch mit dieser Frage, wie denn die einzelnen Akteure überhaupt zueinander gefunden haben, wie der Wahlkampf abgelaufen ist und wie man die Gelegenheit, die da war, gesellschaftlich da war, bewusst als Partei ergriffen hat. Da war auch viel Glück, aber man war auch tatsächlich seines eigenen Glückes Schmied in dieser Phase. Man kann jetzt darüber reden, ob das jetzt vorbei ist, diese Phase der Euphorie, aber ich glaube, da habe ich überhaupt keinen Dissens, auch unsere Forschung sagt, dieses situative Moment, das Moment von Charisma von einzelnen Führungspersonen hat eine große Rolle gespielt für den Erfolg. Aber auch da gibt es wieder die Kehrseite der Medaille, nämlich durch die Veränderung in der gesamten deutschen Gesellschaft, durch das tiefe Misstrauen gegenüber Parteien und auch teilweise der Demokratie, die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat in Deutschland ist höher als gegenüber der Demokratie. Und dadurch haben dann diese Parteien, die charismatische Führungspersönlichkeiten haben, die sexy sind, und das sind Gysi und Lafontaine und vielleicht auch Klaus Ernst, wenn man sich zum Beispiel Leute wie Kurt Beck oder Hubertus Heil mal anschaut als Konkurrenten, die sind einfach tatsächlich, jedenfalls für meinen Geschmack, deutlich weniger sexy, und ich glaube auch in der Gesamtumfrage in der deutschen Bevölkerung. Aber man ist dann auch ein wenig abhängiger von diesen Führungsfiguren, die Sexyness und Charisma ausstrahlen. Also wer weiß, was der Gysi und Lafontaine in zwei Jahren sagen, dann haben sie eine andere Idee und können aber durch das hohe Gewicht, das sie in der Partei haben, die Partei in eine andere Richtung prägen, was früher nicht so möglich gewesen wäre, als das Verhältnis Gesamtpartei zu ihren Führungsfiguren konservativer war. Da waren die Führungsfiguren abhängiger von der Partei, heute ist es umgekehrt.

Jens König: Mir fällt da übrigens noch ein Argument ein sowohl zu der These von der Vertretungslücke, die hier quasi mit einer sozusagen zweiten, etwas linke-

ren Sozialdemokratie zu tun hat und auch zu dieser These von der ergrauenden Gesellschaft. Möglicherweise sind beide Thesen typisch westdeutsche Thesen, also die sozusagen aus westdeutscher Sicht auf diese Partei blicken. Zum einen, man darf hier nicht vergessen, es gab eine Partei im Bundestag links von der SPD vor der jetzigen Linksfraktion, das war die PDS. Die hat 98 den Sprung in den Bundestag geschafft. Und natürlich, wenngleich sie in sehr starkem Maße eine ostdeutsche Regionalpartei geblieben ist, so war sie doch irgendwie eine linke Partei. Und die Linkspartei, die jetzt entsteht, ist in einem weitaus stärkerem Maße von ihr als durch die WASG geprägt. Das heißt, natürlich gibt es eine Lücke links von der SPD, und die Linkspartei füllt diese Lücke aus, aber die Linkspartei ist mehr als diese Lücke. Wenn sie nur diese Lücke füllen müsste, dann könnte man sagen, dann hängt sie auch in einem viel zu starken Maße von der Entwicklung der SPD ab, denn auch die SPD kann ja wieder ein Stück nach links rücken, man weiß nicht was passiert. Und ich halte auch die Entwicklung innerhalb der SPD, jetzt mal auf zehn, fünfzehn Jahre gesehen, für durchaus offen. Und aus diesem Blickwinkel ist es eben mehr, weil schon ganz einfach die PDS da war und die Partei stark prägt. Wir haben es ungefähr mit 60.000 PDS Mitgliedern und ungefähr 10.000 WASG Mitgliedern zu tun.

Und zum zweiten, auch hier mit der sozusagen ergrauenden Gesellschaft. Dazu passt so eher eine ergraute Wählerschaft. Und ein Vergleich Ost – West, da fiel mir jetzt so spontan ein, ich habe mich nicht wirklich intensiv damit beschäftigt, aber die Funktionsträger der PDS sind in einem viel stärkeren Maße durch die Honecker-Zeit als durch die Ulbricht-Zeit geprägt, wenn ich jetzt mal die Jahrgänge 50 – 65 nehme, also sozialisiert. Nun will ich nicht sagen, es war Honecker, so grob gesehen, nicht viel anders als Ulbricht, und auch die ersten Jahre waren natürlich stark durch einen gewissen sozialen Wohlstand innerhalb der DDR geprägt, aber natürlich auch durch eine zunehmende Repression, das darf man dabei nicht vergessen. Also insofern weiß ich nicht mal, ich glaube, da wird auch immer mit Ulbricht argumentiert. Das müsste man mal untersuchen, aber mir fiel ein, dass das in der Hinsicht auch ein westdeutscher Blick ist.

Meinhard Meuche-Mäker: Also dieses etwas missverständliche Zitat „sie sind geboren in den Adenauer- und Ulbricht-Jahren“ und aufgewachsen dann, also sozialisiert in den 70er, da sind wir dann bei Honecker oder bei Helmut Schmidt oder wer immer auch da gerade regiert hat.

Katina Schubert: Wenn ich da mal ganz kurz eingreifen darf. Das ist mir auch an diesem Buch aufgefallen, auch wenn ich es jetzt nicht in seiner ganzen Länge lesen konnte. Auch der Blick der Politikwissenschaft hat was von einem Tunnel. Es wird Gregor Gysi wahrgenommen, es wird Lafontaine wahrgenommen und wenn es hoch kommt, dann noch Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch und Klaus Ernst, na, vielleicht noch Axel Troost. Diejenigen, die diese Partei aber

tragen mit den wie gesagt 65.000 Mitgliedern, was sozusagen der Funktionskörper ist, die tatsächlich die Parteiarbeit machen, und wo wir dann auch noch mal abwarten müssen, ob Gysi und Lafontaine die Partei tatsächlich hin und her bewegen können, wie es ihnen gerade gefällt. Wenn wir nämlich mal raus sind aus der Ausnahmesituation, die wir seit 2005 haben, wo die gesamte Parteiführung der Mitgliedschaft immer erklärt hat, dass sie wissen, es ist ein Prozess von oben nach unten, der jetzt nicht basisdemokratisch ist, dass sie wissen, dass die Basis da leider jetzt nicht mitreden kann, dass das Wahlprogramm durchgepaukt werden muss, dass ein neues Wahlprogramm und eine neue Satzung durchgepaukt werden müssen usw. usw., aber wenn wir die Fusion erst einmal fertig haben, und das habe ich selber auch so vertreten, dann werden wir erst wirklich wieder in eine Debatte einsteigen, und zwar unter Einschluss der Mitgliedschaft, und zwar mit der Mitgliedschaft. Dann wird es nicht mehr so einfach sein. Und dass es natürlich eine ganze Menge Menschen gibt, neben diesen fünf Männern in den, also Mitte der Fünfziger bis Anfang der Sechziger, zwischen Klaus Ernst und Oskar Lafontaine, das wird auch von der Politikwissenschaft nicht wahrgenommen. Das blendet dann aber auch die eine oder andere Realität, vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden aus. Guckt man sich in Sachsen-Anhalt um, so ist dieser Vorstand und ist die Fraktion relativ jung. Der Landesvorsitzende ist Anfang Dreißig. Guckt man sich in Berlin um, dann ist der Landesvorsitzende dort 32. Der ganze Vorstand ist relativ jung. Das sind aber die Leute, die demnächst die Politik bestimmen werden. Da finden die Grauhaarigen, also die Ältesten sind da so 50 ungefähr. Also da gibt es natürlich Verschiebungen. Also da tut sich in den Ländern noch einmal etwas ganz anderes. Und insofern, wenn man tatsächlich betrachtet, was stehen denn für Potenziale in dieser neuen Partei, und das ist übrigens bei der WASG im Westen durchaus auch so. Da sind zwar die hohen Funktionsträger Gewerkschaftsfunktionäre, so 50 plus, aber wenn man sich anguckt, was so darunter ist, da gibt es immer noch viele 50 plus, aber es gibt auch eine ganze Menge darunter, die auch ganz andere Ideen und Vorstellungen haben, die was Neues wollen und nicht nur einfach ein Remake dessen, was wir früher hatten, nämlich in den 70er Jahren. Insofern glaube ich, dass da auch noch vieles offen ist und Politikwissenschaft auch nicht so ganz schlecht beraten wäre - sage ich jetzt mal aus meiner Perspektive, die ich das auch mal studiert habe - auch mal zu gucken, was sich hinter den Kulissen tut, hinter denen, die so ganz oben und tatsächlich wahrnehmbar sind. Ich glaube, auch wenn man sich die Entwicklung der Grünen anguckt oder auch die bisherigen Auseinandersetzungen, die es in der PDS gegeben hat, dass das nicht alles so komplikationslos laufen wird, wie sich das vielleicht Oskar Lafontaine und Gregor Gysi wünschen. Dass sie da also den einen oder den anderen Hebel umlegen, und dann macht die Partei so oder so... Ich hoffe, dass das nicht so sein wird, weil nämlich auch die Mitgliedschaft eine durchaus selbstbewusste ist und ab einem bestimmten Punkt sagt: Danke schön,

danke auch für eure Führung, aber jetzt wollen wir auch mal mitreden und wir haben da an diesem oder jenem Punkt eben eine andere Vorstellung. Und dann wird es massive Auseinandersetzungen geben. Das ist ja auch ganz gut für die Partei, das braucht die auch, ohne sich da völlig zerlegen zu dürfen, weil dann verliert sie natürlich Zustimmung in der Wählerinnenschaft und Wählerschaft, und das hilft uns auch nicht weiter.

Meinhard Meuche-Mäker: Ich würde gern noch einmal daran anknüpfen, dass das bislang ein Top-down-Prozess war, insbesondere natürlich 2005, der rechtliche Rahmen, die Neuwahl usw. Also Jens König hat in seiner Gysi-Biografie³ im Sommer 2005 geschrieben: Eine der großen Ideen von Gregor Gysi sei auch mit diesem Projekt, dass man noch einmal eine Grundsatzdiskussion anschieben muss, er würde es eben wollen, eine Grundsatzdiskussion unter den Linken anschieben, wo tatsächlich über die Herausforderungen, über Globalisierung usw. diskutiert wird. Jetzt sagen alle, das war aber ein Top-down-Prozess, da ging es überhaupt nicht um diese Inhalte, zumindest nicht im Sinne dieser Debatte, und Jens König schreibt über die WASG und PDS-Parteitage im März dieses Jahres, sie hätten die Langeweile, die sie ausgeströmt haben, selber verschuldet, nicht nur, weil es dort um organisatorische und Fusionsfragen ging, sondern auch, weil sie sich bislang nicht auf ein Programm einigen konnten „und deshalb diese organisatorischen Fragen im Mittelpunkt standen“. Jetzt wäre meine Frage, was wären denn diese programmatisch-inhaltlichen Fragen, die bislang ausgeklammert worden sind oder vielleicht auch unter den Tisch gebuttert worden sind, die aber vielleicht diesem neuen Projekt auch mal irgendwann auf die Füße fallen, wenn sie denn nicht jetzt tatsächlich diskutiert werden. Also was wäre notwendig inhaltlich, was müsste dort thematisiert und wo müssten Antworten gefunden werden auf welche Fragen?

Jens König: Vielleicht nehme ich einfach mal zwei Punkte raus und fange mit einem an, der ja dieses Urteil von Gysi damals stark geprägt hat. Dass Gysi nach seinem Rücktritt 2000 dann wieder zunehmend darüber nachgedacht hat, dass irgend etwas Neues entstehen müsste, was sozusagen noch einmal grundsätzlich die linken Fragen diskutiert, war ja auch sehr stark von seiner Enttäuschung über die PDS geprägt. Im Rückblick war ja ein entscheidender Punkt seines Rückzugs neben vielen anderen, aber auch vom Fraktionsvorsitz im Jahr 2000, dieser Münsteraner Parteitag, auf dem die Parteiführung damals eine ihrer größten Niederlagen erlitten hat, als die Partei sich, entgegen dem Vorschlag der Parteiführung, überhaupt dagegen gewandt hat, dass man Auslandseinsätze der Bundeswehr – wie hieß es, - überprüft, also UN-mandatierte Einsätze im Einzelfall überprüft.

³ Jens König: Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin 2005

Also wir sagen sowieso immer Nein, und da wollte die Parteiführung einen Millimeter öffnen und sagen, okay, wir sagen zwar Nein, aber lasst uns das doch vorher überprüfen, und das wurde abgelehnt. Und die Enttäuschung darüber saß natürlich bei Gysi und anderen sogenannten Reformern in der PDS relativ tief. Und ich glaube, von diesem Enttäuschungsgefühl war auch diese neu entstandene Debatte 2003/04 mit Blick auf 2005, als das passierte, geprägt, und in diesem Punkt hat die Partei ja nicht einen Punkt vorwärts gemacht. Es ist jetzt sieben Jahre her, nichts hat sich bewegt. Ganz bewusst ist diese Frage auch auf den parallel stattfindenden Parteitagen in Dortmund ausgeklammert worden, weil die PDS Rücksicht genommen hat auf die WASG und gesagt hat, okay, wir haben da zwar eine andere Position – wenn die PDS heute abstimmen würde, vermute ich, gäbe es eine Mehrheit für diese damals gescheiterte Position. Und es war ja ursprünglich auch geplant, diesen Punkt da abzustimmen, aber dann hat die Partei gesagt, nein, wir verzichten darauf, das machen wir später, das kommt sowieso, aber lasst uns jetzt mal schön ruhig hier die Parteitage machen, was ja auch okay ist. Die haben sozusagen den notwendigen Blick auf die Fusion und damit die organisatorischen, politischen und rechtlichen Voraussetzungen. Das ist zum Beispiel ein Punkt, also wie geht man mit so einer Frage um. Kann die Partei auf Dauer sagen, egal welche Menschenrechtsverletzungen auf dieser Welt passieren, egal unter welchen Umständen, da könnte man sich jetzt jeden Konflikt einzeln angucken, wir sagen immer, wir halten uns da raus.

Ein zweiter Punkt ist, das kann ich jetzt auch nur allgemein sagen, der berührt jetzt auch ein bisschen das Problem der Vertretungslücke. Du hast vorhin gesagt, die SPD hat ihre Maximen der sozialen Gerechtigkeit über den Haufen geworfen. Einerseits ist das richtig, andererseits gibt es aber überhaupt keine feststehenden Maximen, was heute soziale Gerechtigkeit ist und ausmacht. Das ist ja nicht so, dass man sagt, da sind zehn Prozent Wählerstimmen, eine Reservoir, das ist eine Lücke, die füllt die Partei, die haben die Vorstellungen für soziale Gerechtigkeit. Das ist ja fließend, keiner kann doch heute sagen, ja, wie man mit zehn Prozent der Bevölkerung umgeht, die wir heute als arm bezeichnen. Wie sieht heute eine Armutspolitik zum Beispiel aus? Was macht man mit Hartz IV? Und da gibt es ja sozusagen viele Streitpunkte, und diese Frage diskutiert die Partei zwar in Ansätzen, aber die ist doch mitnichten gelöst, wie so etwas aussieht. Das sind nur zwei Punkte, da gibt es zig mehr.

Meinhard Meuche-Mäker: Katina Schubert, daran anknüpfend, um jetzt noch einmal Jens König zu zitieren. Er hat geschrieben: „Auf Dauer werden sich die Wähler nicht damit begnügen, dass die Partei Druck macht, sondern sie wollen auch ganz konkret ihre Probleme, ihre ganz individuellen persönlichen, sozialen und sonstigen Probleme gelöst bekommen“, und deswegen hätte diese neue Partei nur eine Chance als „Kümmerer-Partei“. Also Kümmerer-Partei als Begriff, der ja

Anfang der 90er Jahre ja schon einmal für die PDS galt, für die PDS im Osten wohlgekannt, weil sie sich eben um Fragen wie Arbeitslosigkeit, Mietenfragen und und und gekümmert hat. Inzwischen wird dieser Begriff in Sachsen usw. eher der NPD und anderen zugeordnet, was aber ja nicht das Thema heute Abend ist. So ein bisschen kommt mir das, was du vorhin gesagt hast, ein bisschen quer ehrlich gesagt. Ist das das, worauf die Partei hinaus müsste, wäre das sozusagen einer der Punkte, mit denen man dann auch bestimmte Fragen beantworten würde, ganz praktisch beantworten würde, die Jens König da eingefordert hat?

Katina Schubert: Ich glaube, dass die Linkspartei Mehrfachstrategien fahren muss. Die Stärke der PDS im Osten war tatsächlich oder ist es auch nach wie vor, wenngleich auch in eingeschränkter Form, dass sie tatsächlich Kümmerer-Partei ist. Das macht sich fest an der Vielzahl ihrer Geschäftsstellen, sie hat einfach Anlaufstellen, wo die Menschen hingehen können, wo sie sich Rat holen können. Das macht sich fest an der Breite der Mitgliedschaft, die dann wiederum auch in Verbänden und Vereinen organisiert ist, ob das da jetzt die Volkssolidarität ist oder ob das die örtlichen Sportvereine sind oder was auch immer, wo dann natürlich auch Netzwerke gesponnen werden. Und das macht sich daran fest, dass natürlich viele Rentner und Rentnerinnen in unserer Mitgliedschaft sind, die, solange sie noch richtig fit sind, auch richtig viel Zeit haben und dann auch die Geschäftsstellen besetzen können und da Arbeit machen können. Und das wird natürlich immer weniger. Das hat einmal etwas mit der demografischen Entwicklung in der Partei zu tun, also dass einfach die Mitgliedschaft überaltert und viele einfach nicht mehr können oder sterben, aber das hat auch damit etwas zu tun, dass es natürlich sehr teuer ist, eine solche Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Und es hat etwas damit zu tun, dass in dem Moment, wo wir uns da zurückziehen und es nicht mehr aufrechterhalten können, in der Tat Rechtsextreme vordringen. Also in Sachsen ist das ganz massiv, in Mecklenburg-Vorpommern fängt das an. Insofern glaube ich, dass wir die zwingende Notwendigkeit haben, sehr viel Arbeit und sehr viele Ressourcen reinzustecken, um Parteaufbau zu betreiben, um Mitglieder zu gewinnen und Mitglieder auch dafür zu gewinnen, aktive Parteiarbeit zu machen, vor Ort auch präsent zu sein, Netzwerke vor Ort aufzubauen und tatsächlich greifbar und ansprechbar und sichtbar zu sein für diejenigen in der Bevölkerung, die diese Adressaten, richtig greifbare Menschen treffen wollen, um mit ihnen ihre Probleme zu lösen. Ich kenne das ja auch selber aus Westdeutschland, wenn ich in meiner Heimatstadt Bonn für die Kommunalwahl oder die Landtagswahl kandidiert habe, dann war es aber trotzdem so, dass ganz viele immer wieder kamen und um Rat suchten, auch in Sachen, wo wir von Tuten und Blasen keine Ahnung hatten. Aber das ist eine ganz wichtige Funktion, die Politikerinnen und Politiker auf kommunaler Ebene, auf Ortsebene einnehmen müssen, und ich glaube, das wird eine unserer strategischen Herausforderungen sein. Trotzdem glaube ich, dass wir daneben oder mit gleicher Intensität die program-

matische Debatte weiter vorantreiben müssen, weil wir auch als Kümmerer-Partei auf die Dauer keine Chance haben, wenn wir nicht rechtzeitig uns als Reformpartei profilieren. Und als Reformpartei sich zu profilieren heißt eben, über die alten Antworten, die wir sowieso haben auf Ungerechtigkeiten, die sich in dieser Gesellschaft vollziehen, auf Umverteilungsmechanismen, die wir ungerecht finden, hinaus neue Antworten zu finden.

Da ist die Armutspolitik angesprochen worden. Wir haben in der Partei eine sehr breite Debatte um die Frage, brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen oder brauchen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Da hängt natürlich eine ganz intensive Auseinandersetzung um die Frage der Zukunft der Arbeitsgesellschaft dran. Wovon gehen wir denn aus in der Frage, wie sich diese Arbeitsgesellschaft entwickeln wird? Wird es noch genug abhängige Erwerbsarbeit geben in dieser Gesellschaft, die man so umverteilen kann, dass es tatsächlich für alle möglich ist, Erwerbsarbeit nachzugehen? Die zweite Frage, die daran hängt, ist, wollen wir die Pflicht, sich ausbeuten zu lassen im Kapitalismus, wo wir doch eigentlich dagegen sind? Wenn wir aber sagen, alle sollen erwerbstätig sein, auch wenn sie es gar nicht wollen, dann hat das natürlich etwas damit zu tun. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass ein Großteil der Menschen, die im erwerbsfähigen Alter sind, erwerbstätig sein wollen, weil über Erwerbsarbeit nicht nur die Existenz gesichert wird, sondern auch ganz viel an Selbstbestätigung und an Lebenssinn erzeugt wird. Das kann ich ja irgendwie aus einer radikal linken Perspektive jetzt völlig verwerflich finden, weil man sich ja damit freiwillig den Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus unterwirft, aber ich habe es dennoch zur Kenntnis zu nehmen, dass es so ist, und dass es gerade im Osten noch einmal viel ausgeprägter ist als im Westen. Das ist aber auch im westdeutschen Gewerkschaftsmilieu ganz ausgeprägt. Und so haben wir da natürlich eine sehr intensive Auseinandersetzung zu führen, die aber nicht nur in der Linkspartei geführt wird, sondern auch in Teilen der Gewerkschaften geführt wird, die bei Attac geführt wird, die in ganz großen Bereichen der Erwerbsloseninitiativen und -bewegungen geführt wird und die alle mit den Einschätzungen zu tun haben, in welche Richtung unsere Gesellschaft eigentlich geht. Wie werden sich auch die einzelnen Bevölkerungsteile zueinander stellen, wie wird sich das entwickeln. Da sind noch ganz viele Fragen offen. Und insofern bräuchten wir als Partei gleichzeitig, wie wir Kümmerer-Partei sein müssen, bräuchten wir auch so was wie eine intensive programmatische Debatte, die die Mitgliedschaft insgesamt mit einbezieht, aber die über diese Partei, über die beiden Parteien, die ja bald eine Partei sein werden, auch hinausgehen und tatsächlich in der Lage ist an so etwas wie gesellschaftliche Debatten anzudocken und interessante Vorschläge zu machen. Ich glaube, dass ganz viel an Politikverdrossenheit, an Abwendung von den politischen Parteien auch damit verbunden ist, dass es eben wenig Vorschläge gibt, wie man denn tatsächlich die Situation verändern kann, dass es wenig Vorschläge gibt und auch

wenig realistische Visionen sozusagen, wie man dieses Land so verändern kann, dass man tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Demokratie, zu mehr Friedlichkeit und Zivilität kommt. Und je weniger Vorschläge man konkret hat, um so weniger interessant ist man natürlich auch, und dann wird es auch wieder schwieriger, Kümmerer-Partei zu sein. Insofern denke ich, sind die meisten Hausaufgaben der neuen Linken noch gar nicht gemacht und möglicherweise auch noch gar nicht identifiziert.

Jens König: Einen kurzen Gedanken zu der Kümmerer-Partei. Nur als ein Beleg dafür, dass es auch gar nicht so einfach für die Linkspartei sein wird, diese Lücke zu füllen. Die PDS im Osten hat da auch ein Stück an gesellschaftlicher Stimmung sozusagen nicht wahrgenommen. Im Sommer 2004 diese großen Hartz IV-Demonstrationen, die sind völlig an der PDS vorbei initiiert worden und auch gelaufen. Und auch das war im Übrigen ein Moment von Gysi, über den er so tief frustriert war und gesagt, wo sind wir denn da an den Sorgen und Nöten der Leute dran? Das hat natürlich auch damit etwas zu tun, dass dieses Kümmeren der PDS im Osten in den 90er Jahren stark davon geprägt war, sich um die Leute zu kümmern, die sich sozusagen durch die gesellschaftliche Entwicklung, Stichwort Ost-West-Konflikt, irgendwie in ihrer sozialen Rolle an den Rand gedrängt wurden, aber weniger in ihrer sozialen Rolle jetzt als Bürger per se, sondern mehr so als Ostbürger. Da ging es um Straffrenten und sonst wie und Klarkommen mit dem neuen Leben im Westen, da hat die Partei unglaublich viel geleistet auch für die Integration sehr vieler Menschen in dieses politische System. Aber irgendwann, und das hat ja auch jetzt schon aufgehört, und das ist natürlich auch eine neue Herausforderung für die Partei, die sie auch nicht so ohne weiteres – das Stichwort ist ja schon gefallen, dass die NPD die Lücke schließt, zum Teil – also auch nicht so ohne weiteres bewältigen kann.

Katina Schubert: Ich glaube nur, dass das für 2004 nicht mehr zutrifft, weil die Anti-Hartz-Welle hat uns Riesenwahlergebnisse in Thüringen und Brandenburg beschert und uns mit über sechs Prozent ins Europa-Parlament gebracht. Für 2003 stimme ich dir zu, als es anfang und die große Demonstration im November 2003 in Berlin war, da waren wir alle total überrascht. Aber dann 2004 waren wir mit dabei.

Jens König: Also soweit ich weiß, waren eigentlich relativ viele PDS-Mitglieder auch in dieser Organisation für diese Montagsdemonstrationen, nicht als PDS-Funktionäre, aber zumindest ein Teil davon. Es gab ja auch die PDS-Agenda Sozial. Ich will da jetzt gar nicht die Partei in dem Sinne in den Schutz nehmen, sondern ich denke, dieses Kümmerer-Partei ist schon auf eine gewisse Art und Weise der Ansatz für ... Ich will nur ein Beispiel nennen. Die holländischen Linkssozialisten, die jetzt gerade eigentlich ein relativ oder fast brillantes Wahlergebnis im europäischen Kontext hinbekommen haben, die haben das über eine ganz

langfristige Strategie tatsächlich so aufgebaut, systematisch. Das war eine ehemals maostische Splitterpartei, die sich aber immer weiter im Prinzip – ich sage mal – einer normalen linkssozialistischen Partei angenähert hat. Und was die gemacht haben, die haben systematisch Gesundheitszentren aufgebaut. Also die aktiven Mitglieder, die Funktionäre waren oftmals auch studierte Leute, und die Leute, die zum Beispiel Jura studiert haben, die waren dann mehr oder weniger „verpflichtet“ oder gehalten, auch eine Rechtsberatung anzubieten. Das heißt, die Partei hat sich als zivilgesellschaftlicher Akteur und nicht nur als Interessenaggregation ins Parlament verstanden, sondern sie hat ganz konkret vor Ort über eben diese einerseits Gesundheitszentren und andererseits über Rechtsberatung ihren Erfolg hergestellt. Und ich glaube, das ist ein bisschen, was die SPD verloren hat und die zukünftige Linkspartei noch nicht ganz gefunden hat. Also die Geschichte der Arbeiterbewegung ist auch eine Kulturbewegung. Es gibt ein berühmtes Buch von Thomson, das heißt „The Making of the English Working Class“, und da beschreibt er wie das Vereinswesen über Verbände, über gemeinsame Feste, über gemeinsames Feiern tatsächlich die Arbeiterbewegung hergestellt wurde. Diese Tradition ist in Deutschland verloren gegangen, und die Linkspartei hat das noch nicht wirklich aufgenommen. Und ich sage jetzt nicht, dass man sozusagen wieder die sozialistische Wanderbewegung aufleben lassen soll oder tatsächlich die ganz klassischen Singfeste wieder durchführen soll, aber Elemente von einer Kultur oder auch einer zivilgesellschaftlichen Kultur an der Basis, das ist das, was fehlt, und was auch langfristig, glaube ich, neue Leute in eine Partei integrieren kann, die nicht nur, sage ich jetzt mal, nur auf Mandate aus sind.

Meinhard Meuche-Mäker: Also das wird gesucht, aber genau dazu habe ich noch mal eine Nachfrage. Politisches Handeln braucht eine emotionale Basis. Und jetzt ist genau die Frage, welche emotionale Basis können denn diese beiden Kernorganisationen denn überhaupt gemeinsam entwickeln? Also was wären auch die verbindenden Symbole? Was kann diese neue Linke auszeichnen? Gibt es da aus eurer Forschung, wo ihr sagt, das könnte sich da und da irgendwie festmachen? Das wäre für die Bundesrepublik, auch gerade unter den Bedingungen der nach wie vor gravierenden kulturellen Ost-West-Spaltung, wäre dieses Gemeinsame, was sich da herausbilden könnte oder was man versuchen müsste... Ich meine, du hast keine Politikberatung gemacht, das ist mir schon klar, aber trotzdem die Frage.

Oliver Nachtwey: Also das war das eine, was ich ja schon gesagt habe, soziale Gerechtigkeit als Label war erst einmal die Brücke zwischen Ost und West. Wie man das als Symbol verpacken kann, also das ist mit Sicherheit nicht die rote Fahne, und ich glaube auch, mit einem Symbol „Sozialismus Jetzt“ in irgendeiner Form, das hätte weder im Osten noch im Westen diesmal gefruchtet, sondern das war präzise dieser Slogan „Soziale Gerechtigkeit“. Ich weiß nicht, wie man das

umsetzen kann. Was man nur sagen kann aus dem internationalen Vergleich, ist, dass Parteien, die sehr orthodox in ihrer Erscheinungsweise, in ihrer Rhetorik und auch Klientelpolitik geblieben sind, wie zum Beispiel die Französische Kommunistische Partei, dass die eigentlich einen relativen Niedergang erfahren haben, und dass Parteien, die sich mal selbst modernisiert haben - das hat jetzt keine politische Richtung impliziert - sondern sich praktisch modernisiert haben in ihrem Auftreten... Zum Beispiel war die langjährige Vorsitzende der Schwedischen Linkspartei, also das war eine Frau und war eine Feministin, und die haben trotzdem, was heißt denn trotzdem, die haben gerade deshalb Zuspruch erfahren. Da würde man ja denken, wenn man hier in Deutschland als Feministin auftreten würde, könnte das ein Problem sein. Aber es war tatsächlich eine Stärke der Schwedischen Linkspartei, um ihnen sozusagen ein Profil zu geben. Und ich glaube, dass solche Sachen hier einfach noch fehlen. Es ist tatsächlich so, es ist eher eine von Männern dominierte Partei. Katja Kipping und Katina Schubert sind da vielleicht die Ausnahmen, aber solche Erneuerungsprozesse von innen, die, glaube ich, stehen im großen Stile noch mal an. Also man hat schon das Gefühl, ich war jetzt gerade Beobachter auf dem WASG-Parteitag, das hört sich immer so stereotyp an, aber diese zugespitzten Thesen von ergrauter Gesellschaft, wenn man auf einen WASG-Parteitag geht, dann sieht man tatsächlich dort die Lederwesten und die pfeiferauchenden Bartträger, Lehrer wahrscheinlich, (*Lacher*), alle total nett und sympathisch, aber es hat ein gewisses Stereotyp, und das ist dann auch nicht vergnügungssteuerpflichtig für jüngere Leute. Wenn ich auf so einem Parteitag bin und dann guckt man sich das an, das ist schon eine ein bisschen langweilige Angelegenheit. Bei der Linkspartei ist das teilweise anders, aber ich glaube, dass ist ein Prozess, der auch erst in den letzten drei, vier Jahren angefangen hat, wo die Jüngeren da ans Ruder gekommen sind. Sonst war sie ja immer fast verschrien dafür, dass sie ja eigentlich die Partei – zumindest in der Wählerschaft - der Alten gewesen sei. Und ich glaube, da stehen tatsächlich die spannenden Prozesse noch bevor, wo man tatsächlich Politikberatung gar nicht machen kann, sondern das muss eine Partei selbst machen und selbst herausfinden, ihre eigenen Fehler im Prinzip begehen und auch die eigenen guten Sachen herausfinden.

Meinhard Meuche-Mäker: Ich will noch einmal nachhaken. Dieser Aspekt, Jens, nicht nur auf die Alterfrage hin, sondern auch noch einmal auf diese Frage Ost-West. Also jetzt nicht, weil von uns vieren hier du der einzige aus dem Osten bist, aber von der Erfahrung, von deiner journalistischen Tätigkeit her. Bei der PDS-Ost sind sich eigentlich alle einig, das ist sozusagen eine bestimmte Ostidentität, die das nicht nur geprägt hat, sondern die das auch ausdrücken kann, bestimmte Positionen, die damit auch verbunden sind usw. Aber diese Spannung, die natürlich innerhalb dieses Gesamtprojektes besteht, also diese sowohl ostgeprägten als eben auch sehr eindeutig typisch westgeprägten Parteikerne. Also

machbar ist sicherlich irgendwie alles, aber wo entstehen die Probleme, wenn die sagen, die wollen eine gemeinsame emotionale Basis, die wollen gemeinsame Projekte, also nicht irgendwie nur rein vernunftsmäßig, verstandesmäßig irgendein Konstrukt bilden, sondern die wollen das auch leben dieses gemeinsame politische Handeln. Gibt es da sozusagen aus dieser Differenz Probleme?

Jens König: Ja unbedingt. Da liegt ein kulturelles Riesengebirge dazwischen. Und interessanterweise wurde ja früher, wenn man über PDS geredet hat, fast immer über Ost-West geredet. Also sozusagen die Existenz dieser Partei definierte sich fast immer nur vor dem Ost-West-Konflikt. Und der Erfolg der PDS ließ sich über die ersten zehn Jahre ausschließlich mit diesem Konflikt erklären. Wir haben heute Abend überhaupt noch nicht über diese Frage geredet. Und genau darin liegt ja schon der Fortschritt und der eigentliche Sinn dieser Partei, dass man sagt, hier besteht zum ersten Mal die Chance, eine sozusagen linke gesamtdeutsche Partei neben der SPD zu etablieren, und es passiert ja zumindest auf organisatorischer und politischer Ebene ja ein, relativ gleichberechtigter Prozess, der ja durchaus anzuerkennen ist. Tatsächlich ist es natürlich so, dass kulturell, wie gesagt, ich wiederhole mich, tatsächlich ein Riesengebirge dazwischen liegt. Junge Frauen in der PDS, die kriegen eine Krise, wenn die einen WASG-Parteitag besuchen. Möglicherweise auch ein Hetero. Ich will jetzt mal nur diesen Blickwinkel machen. Das fängt, ganz simpel, aber dahinter steckt ja auch habituell, nicht immer politisch, aber natürlich schon bei der Kleidung an. Weil das hier erwähnt wurde und dann auch weiter gemäß dieser These, also die Westenträger und die Grauen und die Pfeifenträger, aber irgendwie bei der PDS hat man natürlich auch schon, wenn man sozusagen hinten steht und auf den Parteitag guckt, hat man auch schon optisch ein ganz anderes Bild. Sozusagen diese kulturellen Gräben, die wiegen schwer. Die gehen jetzt nicht nur über habituelle und Altersfragen, sondern die haben natürlich auch mit politischen Erfahrungen zu tun. Jeder normale westdeutsche WASGler aus dem Gewerkschaftsmilieu, mit dem man redet, sagt, ja, wir hatten ja letztens den Gysi bei uns, der ist ja so super, und wenn der redet, dann wird der Laden krachend voll – aber das ist auch der einzige, den wir einladen. Und da steckt natürlich auch so ein tiefes antikommunistisches Ressentiment in diesem Milieu, ob jetzt vordergründig oder nur so unterschwellig. Die haben auch einfach ein Problem damit, dass sie hier SED-Leute, und zwar massiv in ihren Laden kriegen. Und die haben ein noch viel größeres Problem damit, dass sie sich urplötzlich damit auseinandersetzen müssen, dass sie auch SED-Leute kriegen mit Stasi-Vergangenheit. Und es gab ja auch einen Fall, der fast einen Parteitag gesprengt hat, das war in Dresden. Da trat ein Mann auf, der wollte Schatzmeister werden, und so hoppla hopp auf dem Parteitag wurde dann plötzlich bekannt, der war IM, und dann wurde hoppla hopp bekannt, dass Bisky davon wusste und mit ihm vorher geredet hat, die Akte von der Birthler-Behörde noch nicht da war, und die WASGler haben eine Krise gekriegt. Dieser Parteitag

stand da auch ein bisschen am Rand zum Scheitern. Plötzlich argumentierten die WASG-Leute wie jeder normale Westdeutsche und sagten, diese Vergangenheit muss doch aufgearbeitet werden, das ist doch eine Sauerei, wir können doch hier keinen Stasi-Funktionär, also das ist ja wohl das allerletzte... So eine Auseinandersetzung, die in der PDS schon über fünfzehn Jahre lief, nicht immer ehrlich, aber doch, sagen wir mal, relativ kontinuierlich und hartnäckig geführt wurde in dieser Partei, bei allen Schwächen, die es da auch immer gab. Und plötzlich waren die überrascht. Also auf diese biografischen Geschichten, die werden noch auf die zukommen, glaube ich. Die lernen sich gerade man erst einmal kennen, die sind am Anfang einer Beziehung. Die ist ja nun eigentlich nicht ganz so romantisch, aber eigentlich noch im Stadium des Verliebtseins, und wir nähern uns mal so ein bisschen der Vernunft. Aber wie dann der Alltag aussieht, wenn man sich wirklich kennen gelernt hat, davon sind die beiden noch entfernt.

Meinhard Meuche-Mäker: Das eine, was jetzt angesprochen worden war, das war jetzt Ost-West, das zweite, das hattest du auch gesagt, dieses Problem der Männerdominanz. Wir brauchen ja nicht die Zahlen alle noch mal vergegenwärtigen, also 14 der 16 Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl auf Landesebene waren Männer, Hamburg ja auch, zwei Obergurus sowieso, es gibt demnächst zwei Parteivorsitzende. Also die PDS alt Ost, hatte sich ja zumindest so etwas wie Quoren und ähnliche Dinge mühsam erstritten, aber zumindest auch praktiziert, bei aller Problematik. Und wenn man das heute sieht, dann scheint es zumindest so, als wenn es bröckelt. Aber wie wird denn das wahrgenommen, ich meine jetzt auch aus deiner Sicht und was sind denn deine Erfahrungen. Es gibt doch eine ganze Reihe von Leuten, die sagen, gerade in den 90er Jahren hatte die PDS im Osten ein sog. ‚Weibliches Gesicht‘. Da gibt es eine ganze Reihe, also Gabi Zimmer zum Beispiel sagt ganz klar, die Männer haben bei der SED in den Sack gehauen 1989/90, und wer ist übrig geblieben? Die Frauen, und die mussten ran. Und dann haben sie es auch gemacht, neue Methoden, neue Formen, neue Inhalte usw. usw. Können wir jetzt mal dahingestellt sein lassen, ob das wirklich alles so schön war, aber das wird sozusagen peu à peu, vielleicht nicht bewusst, aber faktisch zurückgedrängt. Nun kann man natürlich sagen, wenn nur Frauen gewählt hätten bei der Bundestagswahl, dann wäre die Partei eh kaum drin. Ja, aber das ist ja nun nicht unbedingt positiv. Da ist doch die Frage, wo wollt ihr da hin oder wie ist der Weg, um dagegen anzusteuern.

Katina Schubert: Ich glaube, dass in dieser Frage der Männerdominanz, die ja jetzt objektiv vorhanden ist, wenn man sich die Mitgliedsstruktur ansieht im Westen, und das betrifft die WASG genauso wie die PDS, die alte, dann haben wir einen Mitgliedsanteil von Frauen von ca. 22 Prozent, also der Männerüberhang ist eklatant. Wenn man sich die Aktiven anguckt, dann ist es noch einmal viel viel verschärfter. Und je männerdominierter bestimmte Kommunikationsverhalten

sind dann vor Ort, im Kreisverband, ich komme vom Kreisverband Bonn, also zu früheren Zeiten war das zwei Stunden lang Angebrülle und dann rannte man irgendwie wieder auseinander. Und dann traf man sich einen Monat später und brüllte sich wieder an. Das ist natürlich für viele Frauen nicht besonders interessant. Und dann wurde mir auch noch vorgeworfen, ich nutze die Quotierung, weil ich jetzt das zweite Mal dranwar, weil ich ja die einzige Frau war. Das war natürlich für mich günstig, aber das ist natürlich nichts, was irgendwie interessant macht, um in so einer Partei mitzuwirken. Das ist das eine Problem. Im Osten ist die Situation eine andere. Da ist die Situation auch eine andere im mittleren Funktionärskörper und auf der Ebene der Landtagsfraktionen. Und auf der Spitzenebene haben wir in der Tat im Moment eine Art von Roll back zu verzeichnen. Das hat, glaube ich, mit zwei Dingen zu tun. Das hat einmal mit dem Ansatz zu tun, den Gregor Gysi und auch Lothar Bisky vertreten, die sagen, Leute, lasst uns das jetzt machen, lasst uns die Fusion machen, das kann sein, dass wir dabei richtig Federn lassen, aber dann haben sozusagen die Jungen die Chance dann nach 2009, wenn wir wieder im Bundestag sind, unverbrannt und unbeschädigt die Parteiführung zu übernehmen. Ob das jetzt ein kluges Konzept ist oder nicht, das sei jetzt einmal dahingestellt, jedenfalls ist es erst einmal eine Position, die ja nun auch nicht völlig aus der Welt ist.

Der zweite Punkt ist, dass in der Tat die WASG in dieser Frage relativ monokulturell ist, und zwar monokulturell geprägt durch eine Gewerkschaftskultur, die Frauen immer noch als Zusatz sozusagen zu den Männern betrachtet. Also ich meine, es gibt zwar auch Gewerkschaftsvorsitzende oder auch stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende, aber das ist ja immer eine relativ geringfügige Erscheinung gewesen. Wir haben in dem Fusionsprozess, in der Aushandlung der Dokumente wilde Auseinandersetzungen um so etwas wie die Quotierung gehabt. Ob wir die a) überhaupt noch wollen, b) unter welchen Bedingungen wir das wollen und c) wie denn eigentlich gewählt wird zu den Vorständen. Das ging bis dahin, dass also vor vierzehn Tagen fast die gemeinsame Vorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG auseinandergelaufen wäre, weil wir uns da an dem Punkt nicht einigen konnten. Wo dann gesagt wurde, na, das ist doch eine typische Ost-Nummer, dass hier jetzt irgendwie quotiert wird und es getrennte Wahlgänge gibt und wir dann wirklich vorsichtig darauf hinweisen mussten, dass es nun genau aus dem Westen in die PDS importiert worden ist, also diese Form der Kultur von Quotierung, nur dass es aber eine Gewerkschaftskultur ist zu sagen, Männer an die Front, also immer nach vorne. Insofern glaube ich, dass wir an diesem Punkt nicht nur ein politisches Problem haben, sondern auch ein kulturelles Problem, und die Frauen in der neuen Linken sehr gut beraten sind, sich jetzt zu vernetzen und zu organisieren, denn der Führungswechsel steht 2009/10 an. Und wenn es dann nicht gelingt, sowohl auf der Ebene der Fraktion als auch auf der Ebene der Parteiführung zu Veränderungen zu kommen, die auch sichtbar

sind, die auch wahrnehmbar sind, die dann auch die Medien zwingen, die Politikwissenschaft zwingen, das dann auch wahrzunehmen, dann, glaube ich, haben wir ein ernsthaftes Problem, auch für den Parteaufbau, auch wenn es darum geht, Frauen zu gewinnen, tatsächlich mitzuarbeiten und sich zu engagieren in dieser Partei. Und gleichzeitig sage ich aber auch, wenn es jetzt irgendwelche Aufrufe gibt von Feministinnen oder auch Nicht-Feministinnen, die sagen, Lothar, verzichte doch, lass den Oskar ran und dann irgendeine Frau, die sich daneben verbrennen soll, neben Oskar Lafontaine, das ist dann auch nicht hilfreich, und schon gar nicht im Sinne von Coaching und von Förderung von Frauen, die dann an die Spitze sollen. Ich glaube, das müssen wir tatsächlich aufbauen und da müssen wir auch zu kulturellen Veränderungen innerhalb der Partei kommen.

Ich möchte noch zwei Sätze sagen zu der Ost-West-Frage und der Frage der gemeinsamen emotionalen Basis. Ich glaube, dass die neue Partei im Moment noch keine positiven Symbole hat, für die sie eintritt. Dafür sind wir einfach zu unterschiedlich, sondern ich glaube, dass Emotionalität, auf Parteitag oder ähnliches, sich immer darüber herstellt, wenn man gegen jemanden ist. Also den größten Beifall und den größten Jubel kriegen sowohl Gysi als auch Lafontaine auf Parteitagsreden immer dann, wenn sie erklären, dass die SPD Scheiße ist, um das mal ganz kurz zu fassen, denn darauf können sich alle verständigen. Für die einen ist es der Grund, warum sie die SPD verlassen haben und eine neue Partei gegründet haben, für die anderen ist es der Grund, warum sie überhaupt erst angefangen haben, Politik zu machen – und viele in der WASG sind ja auch völlig neu -, und für die Dritten ist es der Grund, weil sie noch nie in der SPD waren oder ganz wenig in der SPD waren und sich schon immer als Konkurrenz zur SPD verstanden. Und wenn man auf die CDU einprügelt, das wirkt dann auch noch mal ganz gut, obwohl das schon viel weniger Emotionen freisetzt, was allerdings aus meiner Sicht immer nicht ganz nachvollziehbar ist, denn eigentlich müsste unser Hauptgegner die CDU sein, aber das geht dann immer ein bisschen in den inhaltlichen Auseinandersetzungen verloren. Deswegen wird das, glaube ich, zumindest für eine Übergangszeit, bis es dazu kommt, eine gemeinsame Kultur von Parteiarbeit zu entwickeln, erst einmal das verbindende emotionale Element sein, die Abgrenzung nach außen, die Abgrenzung gegenüber den anderen.

Und was die Ost-West-Geschichte anbelangt, so glaube ich, dass die WASG einen Lernprozess wird durchmachen müssen, den die West-PDSler schon hinter sich haben und die Ost-PDSler auch schon hinter sich haben. Denn wir haben natürlich wilde Auseinandersetzungen geführt, die zum Teil auch in völliger Sprachlosigkeit endeten. Oft haben wir uns einfach nicht verstanden, und wir stellten dann nach langen Debatten fest, dass wir über ganz unterschiedliche Dinge reden. Und es gab, da erzähle ich jetzt auch wieder aus dem Nähkästchen, auf der gemeinsamen Vorstandssitzung der Linkspartei.PDS und WASG vor 14 Tagen die Situati-

on, dass ein führender Vertreter der WASG – ich nenne jetzt mal keine Namen -, voller Erschütterung feststellte, dass er jetzt mal auf einer Reise durch den Osten war und dabei feststellte, dass da vieles ganz anders gesehen und begriffen wird. Dass die Ladenschlussdebatte zum Beispiel für den Ossi nicht in der Form ein Problem darstellt, wie es für die westdeutschen Gewerkschafter ein Problem ist. Dass die Auseinandersetzungen um Erwerbsarbeit eine völlig andere ist, auch aus einer ganz anderen Erfahrung heraus. Und der führende Vertreter der WASG sagte dann, er müsse jetzt doch noch einmal über viele Dinge neu nachdenken, was ich sehr begrüße, dass man dann über viele Dinge neu nachdenkt, denn das qualifiziert die eigene Politik auch und es weitet natürlich auch den Blickwinkel auf das, was dann tatsächlich in einer Partei passieren wird, wo nach wie vor mehr als zwei Drittel der Mitglieder ostdeutscher Herkunft sind und sich auch als Ostdeutsche begreifen. Ich glaube, dass die neue Partei sehr schlecht beraten wäre, wenn sie ihre Stärke im Osten opfern wollte zugunsten einer möglicherweise ansteigenden Stärke im Westen. Denn im Moment ist es noch so, dass uns der Osten in den Deutschen Bundestag bringen wird, dass der Osten sozusagen die Geldmittel bringt, um überhaupt Parteaufbau bestreiten zu können, und dass da sozusagen die organisatorische Basis ist. Wenn wir das vernachlässigen in dem Willen, der ja auch bei mir ungebrochen ist, im Westen Aufbauarbeit zu betreiben, dann haben wir, glaube ich, mit Zitronen gehandelt.

Meinhard Meuche-Mäker: Um vielleicht noch einmal eine ganz andere Seite reinzubringen, muss man nicht nur die sehen, die jetzt schon da sind, sondern die, die vielleicht, wenn es gut gehen würde, dazu kommen würden. Und um noch einmal an Franz Walter anzuknüpfen, das sind sowohl, er nennt es ja Unterschichten und Bildungseliten, ähnlich der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über politische Milieus in Deutschland⁴. Also in der Studie sagt der Gero Neugebauer, dass es sowohl die sog. kritischen Bildungseliten gibt und das sog. abgehängte Prekariat, dass die beiden Gruppen, die sich also völlig widersprechen oder sich unterscheiden vor allen Dingen von ihrer sozialen Lage, von ihrem Habitus usw., nur in einem Punkt sind sie sich einig, das sind nämlich die beiden Milieus, die ganz extrem stark die Linkspartei.PDS gewählt haben, aus sehr unterschiedlichen Gründen, und die haben auch – und das ist das, worauf ich hinaus will -, völlig unterschiedliche und gegensätzliche Wertvorstellungen in der Frage autoritärer oder libertärer Vorstellungen und Werthaltungen. Jetzt die Frage an Oliver Nachtwey, wenn man jetzt sagt, okay, das ist so, das sind die beiden großen Wählerreservoirs, das sind auch vielleicht die Potenziale an Menschen, die sich engagieren würden. Diese Studie geht davon aus, dass es gerade die kritischen Bildungseliten sind, die sich am meisten politisch engagieren, also nicht nur in Parteien, sondern auch in Initiativen etc., also die vielleicht zu gewinnen wären. Wie

⁴ Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland, Bonn 2007

will man denn so was machen, also sozusagen zwei völlig unterschiedliche Pole sozusagen, die einen eher autoritär fixiert, also Lösungsvarianten nicht demokratisch, sondern mit starker Führung usw., und die anderen, die das völlig anders sehen. Kann man denn das irgendwie zusammenklammern? Wie müsste man das machen? Wie sehr ihr das? Ist das bei euch auch ein Problem gewesen bei eurer Forschung?

Oliver Nachtwey: Nein, in der Forschung war das noch gar kein Problem, da kannten wir die FES-Studie noch gar nicht, die ist erst nach der Forschung erschienen. Uns waren allerdings die dieser Forschung vorausgehenden Studien von Michael Vester bekannt, der auch Milieustudien betrieben hat. Etwas salopp gesagt, ich glaube, dass das gar nicht so ein Riesenproblem ist. Jede Partei hat so etwas wie, also nicht dass eine Partei schizophran ist, aber eine Partei hat so etwas wie multiple Identitäten. Also bestimmte Teile einer Partei sprechen ein bestimmtes Milieu an und andere Teile sprechen ein anderes Milieu an. Ich denke nur an die AfA in der SPD, die speziell eher Arbeitnehmer anspricht. Die haben das wirklich über die Jahre sehr differenziert gemacht, diese verschiedene Ansprache. Und ich glaube a), da wiederhole ich mich, dass einerseits soziale Gerechtigkeit tatsächlich diese beiden Milieus, so unterschiedlich sie sein mögen, auch vereinen kann, und b) dass man tatsächlich bei einem Milieu, das autoritären Politikvorstellungen zuneigt, dass eine Partei sich keinen Gefallen damit tut, opportunistisch zu sein, d.h. autoritäre Politikangebote zu machen. Damit würde man nämlich tatsächlich so etwas produzieren, dass man, falls man selbst schwächer wird, aus welchem Grund auch immer, Raum öffnet für wirklich autoritäre Politikangebote. In Frankreich ist es so, dass oftmals die Teile, wo die KPF schwächer geworden ist und wo sie einen relativ autoritären Politikstil gefahren ist, die Segmente sind, wo Le Pen die größten Erfolge hatte. Ich glaube, eine Partei muss sehr genau darauf achten, dass sie auch ihre Milieus natürlich präzise anspricht, aber sie auch versucht zu prägen. Das ist die eine Sache.

Aber zu dieser multiplen Identität, das führt mich noch ein bisschen dazu, was du gesagt hast. Also du hast ja gerade mit viel Leidenschaft auch ein bisschen das Verhältnis von WASG und PDS noch mal ein bisschen aufgesplittert und gesagt, was die Vorurteile aus der Linkspartei sind. Ich denke, auch was man bezüglich der Frauenfrage sagt, das ist völlig richtig, man darf jetzt aber, das sage ich jetzt mal aus reiner politikwissenschaftlicher Sicht, auch nicht vergessen, dass sich das ergänzt hat. Man hat sich mit der WASG die Männer eingekauft in die Partei, die auch vielleicht ein männliches Verhalten an den Tag legen, man hat sich damit aber auch tatsächlich die Gewerkschaften mit eingekauft. Und das war etwas, was in der PDS in diesem Ausmaße, also einen organisierten Mittelbau von Gewerkschaften, das hatte man in diesem Sinne vorher nicht. Und ich glaube auch, dass elektoral, also der Organisationsschwerpunkt wird weiter im Osten liegen, elektro-

ral hat man Westen 4,9 %, die PDS ist trotz ihrer Stärke im Osten 2002 nicht reingekommen. Und ich glaube, dass man langfristig nur durch einen Aufbau West - und auch eben die Integration gewerkschaftlicher Milieus und Arbeitnehmermilieus – dahin kommt. Dass das männlich strukturiert ist, stimmt, ist aber auch eine Reflektion der deutschen Arbeitsgesellschaft. Also es ist nicht so, dass Gewerkschaften nur Machoorganisationen sind, sondern dass praktisch durch das deutsche Sozialstaatsmodell, wo der Mann der Ernährer ist, Gewerkschafter eher Männer sind als Frauen. Also ich verstehe den Punkt, aber man darf jetzt auch den WASGlern nicht zu sehr einen Strick draus drehen. Ich glaube, man muss versuchen, die Stärken, die beide Organisationstraditionen und –kulturen mit sich bringen, zu synthetisieren. Das ist natürlich die große Kunst, und wenn man das schafft, ist man wirklich gut. Man wird es in dem Sinne nicht dialektisch synthetisieren können oder auch auflösen können, aber ich glaube, dass die PDS, und das darf man aber überhaupt nicht vergessen, dass dieser Zugewinn an gewerkschaftlichen Milieus von unschätzbarem Wert für diesen Wahlsieg und für die Zukunft auch war, dass ohne das ein wirklich großes Problem für den Fortbestand bestanden hätte.

Jens König: Noch ein Satz zu dieser Studie, die du erwähnt hast. Ich reagiere da reflexartig bei dieser Studie der Ebert-Stiftung, die wird ja häufig zitiert und noch häufiger missverstanden, und sie ist so gut wie nie gelesen worden. Das gehört auch noch zu dieser unseligen Geschichte über diese Studie, die eigentlich total interessant ist, aber auch keine Sozialstudie ist. Egal, ich will nur auf einen Punkt hinaus, der berührt auch noch mal ein bisschen die Gefahren oder sagen wir mal eine potenzielle Schwäche, wenn man immer nur diesen Blick der Vertretungslücke hat. In dieser Studie ist nämlich auch rausgekommen, dass zu den, ich glaube sieben oder acht Prozent der Bevölkerung, die sich selbst zum abgehängten Prekariat zählen, die meisten SPD wählen. Also so von wegen, nur die und da liegt unsere Chance.

Katina Schubert: Und Prekariat ist auch nicht Prekariat.

Jens König: Und Prekariat ist auch nicht Unterschicht, wenn man mal diesem Begriff nehmen will, aber da kommen wir jetzt in eine Fachdebatte zu dieser Studie. Aber mich regt das immer auf, denn diese Studie wird so oft zitiert, aber fast immer falsch.

Meinhard Meuche-Mäker: Ich bin einmal dankbar sozusagen für den Hinweis, ich habe die zitiert, weil die eben in aller Ohr und Munde ist. Aber die Frage ist natürlich, wie man die kritischen, alternativen Bildungsmilieus gewinnen könnte. Aber wenn man sich dann anguckt, wo die wohnen, dann sind das natürlich insbesondere in den großstädtischen Ballungsgebieten, also auch in Städten wie Hamburg, Bremen, Berlin usw., da ballt es sich natürlich noch überproportional im Gegensatz zu anderen. Die Frage, wenn also die Linke auch so etwas wie so-

zusagen Großstadtpartei sein will, immer auf der Basis sozialer Probleme etc., aber auch sozusagen Alternativen entwickeln will, was ja die Linkspartei in Berlin zumindest mal versucht hat ...

Katina Schubert: Versucht!

... ja versucht, also ich meine, die hat es schon versucht, so wollte ich das betonen, und sie versucht es nach wie vor, aber das ist ja die Frage, was muss sozusagen denn dieses neue Projekt machen, um auch tatsächlich diese Milieus anzusprechen und zu gewinnen, was fehlt denn da bisher? Die kommen ja offensichtlich nicht.

Katina Schubert: Also ich glaube, keiner linken Partei in der Bundesrepublik wird es mehr gelingen, das gesamte kritische intellektuelle Milieu für sich zu gewinnen. Das ist, glaube ich, schon seit vielen Jahren so, dass sich das aufgesplittet und zum Teil auch aus der aktiven Politik zurückgezogen hat. Deswegen bin ich da immer so ein bisschen vorsichtig zu sagen, wir haben da nichts auf der Pfanne. Das ist, glaube ich, auch nicht richtig. Wenn ich mir den Funktionärskörper meiner Partei so angucke, dann würde ich jetzt mal sagen, wenn ich mir also so angucke, der Bundesvorstand, da sitzen, glaube ich, acht Politologen und Politologinnen oder Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen mindestens drin. Das ist schon ein relativ hoher Stand an sozusagen Bildungselite, die sich da wieder findet, die jetzt nicht wissenschaftlich die großen Meriten gewonnen haben, aber die natürlich das, was sie mal gelernt haben und das, was sie an Erfahrungen einbringen, auch in ihre politische Arbeit einbringen. Und das spiegelt sich wieder über die Landesvorstände und sonstigen Vorstände. Da gibt es, glaube ich, auch eine große Disparität zwischen denjenigen, die uns in der Mehrzahl jetzt gewählt haben oder möglicherweise gewählt haben, weil wir im Moment nicht genau wissen, wie der Bildungsstand ist, wo wir nur etwas wissen über den sozialen Status, also hohe Zustimmung unter Arbeitslosen, hohe Zustimmung unter Arbeiterinnen und Arbeitern, und abnehmende Zustimmung unter Selbstständigen, abnehmende Zustimmung unter Beamten und Angestellten. Also zwischen dieser Wählerschaft und einem Widerspruch, was aktiv die Politik betreibt der Linkspartei, denn das sind eben überwiegend Leute, denen es a) nicht schlecht geht, die überwiegend nicht in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind und die eine relativ klare Perspektive haben, überwiegend, nicht alle. Und je weiter man runter geht sozusagen auf die kommunale Ebene, desto mehr verschiebt sich das natürlich auch, das ist auch klar.

Nun die Frage, wie kriegt man die kritischen Intellektuellen oder wie kriegt man mehr davon eingebunden. Natürlich hat da eine Stiftung eine ganz hohe und wichtige Funktion, spannende Diskurse, spannende Debatten zu organisieren und damit überhaupt erst einmal Räume zu schaffen, die es für kritische Intellektuelle interessant machen, sich mit unserer Politik zu beschäftigen. Die gehen ja nichts zur Ortsvereinsversammlung oder zur Bezirksversammlung, wo man dann über

die soziale Stadtentwicklung im Bezirk sonstdawo diskutiert oder wenn man irgendwie über die Bordsteinabflachung im dritten Stadtviertel hinten links diskutiert. Das finden die nicht interessant. Sie finden es aber auch nicht interessant, zum fünfundsiebzigsten Mal die Frage zu diskutieren, ob die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden darf, oder zum siebenhundertdreißigsten Mal zu diskutieren, wie wir zum sozialistischen Kuba stehen. Das entfacht keine Anziehungskraft. Die finden es vielleicht aber interessant zu diskutieren, was entwickelt sich eigentlich in der Linken in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in Lateinamerika, die wir jetzt haben, und ist das, was sich in Lateinamerika an Politikformulierungen entwickelt und an praktischer Politik, sagen wir mal die Verstaatlichung der Erdölindustrie in Venezuela u.a. Hat das eigentlich etwas damit zu tun, wie wir hier Politik entwickeln, gibt es da Übertragbarkeiten oder gibt es die nicht, können wir jetzt von Lateinamerika lernen sozusagen. Das sind natürlich Debatten, die hoch spannend sind, wo ich jetzt mal aus meiner Perspektive sage, ich wäre froh, wenn wir da Räume schaffen könnten, das tatsächlich mal diskursiv und kritisch zu diskutieren, denn ich finde auch, das, was wir jetzt im Moment haben, Chavez ist unser neuer Held, zumindest mal hinterfragbar. Und ich möchte es auch gerne hinterfragen können, ohne da gleich die innerparteilichen Polizeiarmedas aufmarschieren zu sehen, die mir jetzt wieder erklären, dass das ideologisch nicht korrekt ist. Ich finde, diese Debatte muss sein. Man kann ja dann trotzdem zu dem Schluss kommen, dass das eine Supersache ist, die Debatte muss aber auch sein, also kann das jetzt hier ein Rezept sein, kommen wir da weiter, kommen wir damit tatsächlich weiter, so etwas wie öffentliche Daseinsvorsorge zu organisieren und zu verteilen, zu einem gerechten Zugang dazu. Das sind so alles Fragen, wo wir intellektuelles Potenzial zu wenig haben im Moment, wo wir es dringend brauchen, wo mein Appell immer nur an die Rosa-Luxemburg-Stiftung sein kann, da die Räume zu öffnen, denn das schafft die Partei nicht. Und das wird sie, auch wenn sie fusioniert ist, in der Form nicht schaffen.

Meinhard Meuche-Mäker: Jens an dich eine Frage. Im letzten Jahr, im letzten Herbst hat ein Vorständler der Linkspartei, Jan Korte, ein Papier geschrieben, das in deiner Zeitung, also in der taz veröffentlicht wurde, dass sich die neue Linke an die grün-alternativen, linksliberalen Milieus heranwagen müsste. Dieses Papier „Grün vs. links“, und das, was du dazu geschrieben hast, habe ich so interpretiert, dass es nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Deine Sicht von außerhalb, passiert denn da überhaupt irgendwas? Gibt es denn überhaupt die Debatte innerhalb des neuen Projekts, wie man das überhaupt erreichen will. Es wird immer, auch den ganzen Abend, über Sozialdemokratie und Gewerkschaften geredet, über Grüne, also was da zumindest in Westdeutschland über Jahrzehnte eins der entscheidenden Teile linker Milieus ausgemacht hat - eher nicht. Spielt das in den Überlegungen dieses neuen Projekts überhaupt eine Rolle oder wenn ja, welche?

Jens König: Ich glaube nur eine untergeordnete. Jan Korte hofft bis heute, dass dieses Papier mal Eingang in die innerparteiliche Debatte findet. Das ist auch eine der Fragen, wo ich mir den Luxus leiste, überhaupt nicht differenziert sein zu müssen und zu wollen. No way – keine Chance, dieses Kapitel ist gegessen. Schafft die Linkspartei niemals, will sie vermutlich auch gar nicht mehr... Also all die Schwierigkeiten, die wir hier zwischen PDS und WASG aufgeführt haben, mal zehn, dann kann man sich vorstellen, welche Schwierigkeiten es zwischen diesen Milieus gibt. Da ist, glaube ich, eigentlich nichts zu machen. Ich halte diese Frage für abgeschlossen und jegliche Versuche, die es in den 90er Jahren gab und die die PDS sehr dilettantisch angestellt hat, immer nur über Personen in bestimmten Wahlkreisen, ja Prenzlauer Berg in Berlin und auf wen ist sie gekommen: Flottenadmiral a.D. Elmar Schmechling. Den hat sie dann, okay, der ist ja nicht angetreten, der hatte ja ein Verfahren an der Hacke, das war dann der Punkt. Und als der nicht, dann hat man Stefan Heym noch ausgegraben und der nicht, dann durfte Petra Pau endlich ran in dem Bezirk. Das ist eine unheilvolle Geschichte, und ich glaube, die Abneigung zwischen diesen Milieus, zwischen den Parteien ist mittlerweile so ausgeprägt, so tief, so gegenseitig, dass man das Kapitel endgültig vergessen kann.

Meinhard Meuche-Mäker: Siehst du das auch so Oliver? Kommt ja vor in eurer Studie, aber auch nicht so richtig.

Oliver Nachtwey: Ich glaube, eher wird man mit der SPD noch mal was anfangen. Aber das mit den Grünen ist tatsächlich so, dass es da tatsächlich unsichtbare Mauern gibt, die unüberschreitbar scheinen. Ich glaube, man darf dabei aber nicht vergessen, dass es nicht das, in welcher Form auch immer, gescheiterte Herangehen der PDS.Linkspartei an das grüne Milieu, sondern dass das grüne Milieu sich selbst noch mal verändert hat in den letzten Jahren. Also ich glaube nicht, dass die grüne Partei heute mit der grünen Partei von Anfang der 90er Jahre noch zu vergleichen ist, dass es tatsächlich auch von der Soziologie der Partei, ist es ein anderer Personenkreis und auch von der Wählerschaft. Und dazu muss man sagen ...

Jens König: Nur ein Punkt, so typisch Ströbele, der dort vielleicht noch, wo man sich vorstellen könnte, wenn man die politischen Positionen pur nimmt, ja, dass es da eine gemeinsame Schnittfläche zwischen seinen Positionen und etlichen Positionen der Linkspartei gibt, aber der würde nie auf die Idee kommen, in die Linkspartei einzutreten. Nie. Natürlich hat sich auch das grüne Milieu verändert, aber selbst die, die dort randständig sind, nur noch sozusagen als letzte Linke existieren, selbst die kommen nicht einmal auf die Idee und würden auch nicht auf die Idee kommen. (*Zuruf: Aber die Wähler!*) Na ja, zum Teil, zum Teil. Das ist jetzt richtig, da gibt es einen kleinen Unterschied, aber ich glaube, dass das auch nicht nennenswert was ausmacht. Da könnte man wahrscheinlich auch wieder

lange reden, was weiß ich, dass die grünen Wähler ja nicht, also das ist ja auch keine homogene Gruppe, also Entschuldigung...

Oliver Nachtwey: Von der Politikwissenschaft, das klingt jetzt immer ein bisschen trocken, aber hat einen ganz realen Hintergrund, spricht man von verschiedenen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Die Linkspartei beruht auf der Konfliktlinie von Arbeit und Kapital, noch mal historisch modifiziert und hat sich auch verändert. Und die Grünen basieren im Prinzip auf einer anderen gesellschaftlichen Konfliktlinie, das ist eher die postmaterielle Konfliktlinie, und da geht es um liberale Werte, um ökologische Werte, aber die ja eher auf der Basis von materieller Sicherheit ausgehen, die aber auch vielleicht unbedingt Unsicherheit gar nicht so schlecht schätzen würden, es sind eher Leistungsstarke, die einen etwas besseren Bildungshintergrund haben und von daher andere Formen oder teilweise weniger Zukunftsangst haben. Der einfache Faktor ist, dass man halt einen grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Konflikt anspricht, und das ist die bisherige Schwäche, die Linkspartei hat so etwas wie eine „rote Ökologie“ noch nicht entwickelt. Man beschäftigt sich natürlich mit Formen der ökologischen Frage, aber dass das tatsächlich eine große Rolle spielen würde im Rahmen der Parteienkonkurrenz - das findet eher nicht statt.

Zuruf: Wobei man da feststellen kann, dass da, wo die Grünen gute Ergebnisse haben, hatten wir auch oft gute Ergebnisse, also da korrespondiert was.

Meinhard Meuche-Mäker: Das lässt sich zumindest auch für die 90er Jahre, also den Wahlkampf 98 zumindest auch tatsächlich ...

Jens König: In Baden-Württemberg zum Beispiel, wo die Grünen ja auch sehr stark sind, da passiert ja heute gar nichts.

Katina Schubert: Ich glaube auch, dass ganz stark damit zu tun hat, in welchen Milieus man miteinander konkurriert und welche Milieus man darüber ansprechen kann. Ich glaube, dass es ganz tiefe kulturelle Schranken gibt zwischen PDS Ost, jetzt mal wirklich PDS Ost und Grüne, und WASG West und Grüne. Also wenn man WASGlern West mit Erfahrungen aus den Grünen kommt, dann fangen die an zu lachen. Das meine ich jetzt gar nicht abwertend, sondern das ist ihnen einfach zutiefst fremd und die können damit einfach nichts anfangen, weder mit der politischen Kultur, die dieses Milieu verkörpert, noch mit den Verfahrensweisen, noch mit den Mechanismen, noch mit der Art zu diskutieren. Es gibt natürlich auch immer Einzelfälle, die das anders sehen, beispielsweise WASGLer, die aus den Grünen kommen, gar keine Frage. Ich glaube, dass es ein paar Schnittmengen gibt. Das sind einmal großstädtische Milieus im Westen, wo es Schnittmengen gibt, und es gibt die kleinen Themenschnittmengen, das ist vor allen Dingen die Friedensfrage. Über die Friedensfrage haben etliche Grüne die Partei gewechselt und sind auch im Westen zur PDS gekommen, Jan Korte ist ja

ein Beispiel dafür, es gibt noch andere. Es gibt einen Landesverband in der Linkspartei.PDS, wo es tatsächlich, aber das war auch in den Wirren und wilden Umstrukturierungsphasen der 90er Jahre, wo es tatsächlich zu einer Symbiose sozusagen von Grünen und Nicht-Grünen auf der Westseite innerhalb des Landesverbandes der PDS gekommen ist – Berlin. In den ganzen Wendezeiten und auch danach sind etliche Grüne, und Leistungsträger der Grünen oder führende Menschen, Funktionäre oder was auch immer, der Grünen übergegangen zur Linken Liste PDS und sind auch heute noch wichtige Leute. Also der stellvertretende Landesvorsitzende kommt ursprünglich von den Grünen, der Herr Bürgermeister und Wirtschaftsminister kommt ursprünglich von den Grünen, das Berliner Vorstandsmitglied im Bundesvorstand kommt von den Grünen. Das heißt, also auch da ist dieses Milieu, diese Kultur, die Art und Weise, Politik zu entwickeln, durchaus Teil des Landesverbandes geworden. Das hat aber auch etwas mit spezifischen historischen Situationen zu tun, und es hatte natürlich auch etwas damit zu tun, dass da Ost und West in einer Art zusammenarbeiten mussten von Anfang an, was in keinem anderen Landesverband so der Fall war. Wie es auch die Stadt in einer Art und Weise geprägt hat, wie es keine andere Stadt in dieser Republik geprägt hat.

Was die „rote Ökologie“ anbetrifft, so glaube ich, wird es für uns ganz schwer als Linkspartei, als künftige Linke tatsächlich so etwas wie eine „rote Ökologie“ zu entwickeln und zum Image zu machen. Wir hatten natürlich mal einen Umweltminister, wir haben auch jetzt eine Umweltsenatorin, wir haben da viele profilierte Bundestagsabgeordnete oder einzelne gehabt, die auf diesem Feld ganz viel gearbeitet haben und, glaube ich, auch da ganz vernünftige Sachen gemacht haben, die auch durchaus Anerkennung fanden beim BUND und anderen Verbänden, die gesagt haben, ihr macht da gute Sachen. Aber das ist a) in der Mitgliedschaft nicht als eine Kernkompetenz angenommen worden, und ich glaube auch nicht als ein Kernproblem wahrgenommen worden, das ändert sich jetzt vielleicht mit der Auseinandersetzung um den Klimawandel und die ausfallenden Ernteerträge, also wenn man es dann auch wirklich spürt, ja ... Also wenn das Brot teurer wird, dann spürt's auch jeder, und wenn man das Benzin nicht mehr bezahlen kann und wie auch immer. Das mag also sein, dass sich das jetzt verändert, aber es wird trotzdem sehr sehr lange dauern, wenn es denn überhaupt gelingt, dass das tatsächlich zu einem Imagefeld der neuen Linken wird. Ich glaube, das Image, das uns prägt, das wird auf absehbare Zeit die soziale Frage sein, die Frage der sozialen Gerechtigkeit und dann sehr abgeschwächt die Frage von Krieg und Frieden, und dann noch mal ganz hinten weg, und das bedauere ich zutiefst als Innenpolitikerin, die Frage von Demokratie und Menschenrechten.

Meinhard Meuche-Mäker: Da möchte ich dann doch bei dir gleich noch einmal weitermachen, und zwar hat Lafontaine ja im Sommer 2005 in Chemnitz diese

Rede gehalten, in der dieses Wort von den Fremdarbeitern vorkam, was natürlich gerade in den Milieus, über die wir gerade geredet haben, sozusagen als Super-GAU gesehen wurde, innerhalb der PDS ja auch zum Teil, aber trotzdem... Jetzt hat er wieder eine Rede gehalten in Chemnitz, und zwar zum 1. Mai, und zumindest nach dem, was ich davon gelesen habe, hat er sich auch eindeutig gegen Rassismus und ähnliche Dinge ausgesprochen. Ich weiß nicht, ob du jetzt die Frage beantworten kannst, aber sind damit auch diese, ich sage mal unterschiedlichen Herangehensweisen, um das mal ganz vorsichtig zu formulieren, weil ich ausdrücklich ihm jetzt keinen Rassismus unterstellen möchte, aber diese unterschiedlichen Herangehensweisen in der Beantwortung sozusagen dieser sozialen Frage und der Lösungsvarianten, ist das jetzt sozusagen geklärt, war das ein Ausrutscher oder ist das einfach Lafontaines Konzept, so und so zu reden?

Katina Schubert: Ich habe jetzt die Rede, die er in Chemnitz gehalten hat jetzt am 1. Mai, nicht gelesen. Ich bin sehr froh, wenn er sich gegen Rassismus und jede Form von Fremdenfeindlichkeit ausspricht. Das begrüße ich sehr. Ich glaube, und das ist auch meine Erfahrung mit Oskar Lafontaine aus diversen Auseinandersetzungen, die wir miteinander geführt haben, dass es schon Unterschiede in der Gewichtung gibt und Unterschiede in der Bewertung, im Stellenwert soziale Frage – Menschen- und Bürgerrechtsfragen. Diese Unterschiede gibt es und die wir müssen wir austreten. Man kann sich zum Beispiel die Rede angucken, die Oskar Lafontaine auf der gemeinsamen Basiskonferenz von Linkspartei Brandenburg und Berlin gehalten hat. Die ist, glaube ich, auch über die Seite www.Linkspartei-Berlin.de abzurufen. Da waren vierhundert Menschen, die aufmerksam zugehört haben, und da hat er noch einmal versucht zu erklären, dass es in bestimmten Situationen so sein kann, dass das Fressen vor der Moral kommt sozusagen. Und da haben wir einen grundsätzlichen Unterschied. Ich denke, dass dieser Versuch, das eine gegen das andere auszuspielen, immer auch wieder zurückschlägt auf das andere Recht. Also die Organisationsfreiheit, die Koalitionsfreiheit, war eine der Errungenschaften der Arbeiterbewegung, damit sie sich überhaupt soweit zur Wehr setzen konnten, tatsächlich die Frage der materiellen Umverteilung auf die Tagesordnung zu setzen und irgendwann politisch in Gang und umsetzen zu können. Deswegen glaube ich, dass diese Hierarchisierung von Rechten falsch ist. Aber an dem Punkt haben wir eine inhaltliche Auseinandersetzung. Die müssen wir einfach führen, und das gehört zu den strategischen Auseinandersetzungen, die wir in der neuen Partei führen werden. Auch die Frage der Asyl- und Einwanderungspolitik. Uli Maurer hat da auch eine andere Auffassung als ich, hat auch eine andere Auffassung, als es bisher die Programmlage der Linkspartei.PDS war und auch die Programmlage der neuen Partei über die programmatischen Eckpunkte. Da wird man sehen, wie sich die Mehrheiten verteilen, aber die Auseinandersetzungen werden wir führen müssen. Wenn wir sie intelligent führen, dann ist das vielleicht sogar eine, die über die Partei hinausstrahlt,

und das ist dann wieder ein Punkt, der dann in der Tat in solche großstädtischen Milieus, auch postmaterielle Milieus hinausstrahlen kann, nämlich in die Leute, die jetzt nicht ums Überleben kämpfen, die nicht prekär beschäftigt sind, sondern denen es gut geht, die aber wollen, dass es anderen auch gut geht und über diese Schiene überhaupt anfangen oder politisch aktiv sind und sich politisch betätigen. Also ich bin da ganz optimistisch, dass wir die Auseinandersetzung führen können, wer gewinnt, das weiß ich gerade nicht.

Meinhard Meuche-Mäker: Oliver, du hast vorhin, wenn ich das richtig verstanden habe, gesagt, es gibt diese Personen, die sehr dominant sind, also Gysi und Lafontaine natürlich und vielleicht noch ein paar andere, und dass es aber durchaus auch noch Möglichkeiten gibt, dass sich die Partei emanzipiert davon. Jetzt wäre meine Frage vielleicht noch mal dazu, die Partei, diese beiden Kerne, sind ja sehr unterschiedlich, unterschiedliche Strömungen, inhaltlicher Art, aber auch kultureller Natur. Aus deiner Sicht, welche Kräfte müssten denn sozusagen da die Hegemonie sozusagen ausüben in dieser neuen Partei, damit eben auch ein Stück weit Emanzipation von diesen Altvorderen sozusagen stattfinden kann überhaupt. Wer müssten denn sozusagen die Strömungen, also meine ich jetzt nicht in dieser politischen Kästelung, die es gibt, sondern die auch kulturell prägend sind. Wer müsste sich denn sozusagen durchsetzen in diesem Laden, damit das dann auch überhaupt auch eine Partei ist, wo die Mitglieder zu ihrem Recht kommen.

Oliver Nachtwey: Schwierig zu beantworten, kann ich, glaube ich, gar nicht beantworten, wer sich da durchsetzen muss. Ich finde es aber auch schwierig, solche Prognosen abzugeben. Also was im Moment ist, dass die Partei, also die gründet zwar gerade einen Hochschulverband, hat aber dennoch einfach ein Manko bei den Jugendlichen, und das finde ich etwas seltsam. Bei den letzten Wahlen in Berlin hat man bei den jüngeren Kohorten relativ stark verloren und zumindest im Westen ist man auch von der Mitgliedschaft nicht gerade mit jungen Leuten übersät. Ich kann nicht sagen, was die Gründe dafür sind. Vielleicht ist es das nicht vergnügungssteuerpflichtige Milieu der WASG. Und die ostdeutschen jüngeren Mitglieder sind auch noch mal speziell anders. Ich finde, das ist von der Anschauung her auch relativ arg modern. Also der Anteil von schwarzen gutsitzenden Anzügen gegenüber Strickjacken ist bei den Jugendlichen oder bei den jungen Männern hoch, also man ist fast schick unter den jüngeren PDS-Funktionären. Hat mich einfach gewundert, also das hat nicht so einen alternativen Touch insgesamt...

Katina Schubert: Das ist bei den Grünen aber jetzt auch nicht mehr.

Oliver Nachtwey: ... Das weiß ich nicht, das ist eher eine Feststellung, die mich gewundert hat, aber weil ich sozusagen daraus noch keine Schlussfolgerungen sagen, wie die Partei strukturiert sein muss oder was die anziehen sollen.

Katina Schubert: Aber ich glaube, dass es da insgesamt auch so einen Wandel bei den Jungen gibt. Auch Funktionäre der Grünen Jugend laufen im schwarzen Anzug rum, da bin ich auch immer ganz befremdet, das war in meiner Jugend anders, aber...

Meinhard Meuche-Mäker: Na gut, das ist vielleicht eine Generationsfrage, aber Jens, wir müssen ja jetzt nicht spekulieren, das war ja auch nicht der entscheidende Punkt dabei, aber was wir wissen, das ist, dass es in einer Woche Wahlen gibt, nämlich im Bundesland Bremen. Und alle Umfragen zumindest gehen davon aus, dass diese Linke, die dort antritt, ob nun mit Karl Marx an der Spitze oder ohne, dass man offensichtlich über fünf Prozent kommt. Und jetzt bitte nicht spekulieren, ob es so ist oder nicht, sondern eher, wenn es denn klappt, und ich gehe jetzt mal davon aus, also was macht denn die Linke mit ihrem Erfolg? Aus deiner Sicht von außen, also was macht sie damit, macht sie überhaupt irgendwas damit? Zu Beginn der Debatte hast du ja gesagt, dass du eher sehr kritisch siehst, was da passiert. Jetzt das erste Bundesland auch im Westen, wo seit fünfzig Jahren eine - wenn wir jetzt mal von der Grünen Episode absehen - Linke sich auch auf Länderebene etabliert.

Jens König: Die wird zwei Jahre feiern und sich freuen, dass sie als erster Landesverband da reingekommen sind, immer vorausgesetzt, es sollte so sein, und die nächsten zwei Jahre wird sie versuchen, ganz langsam überhaupt die Partei da aufzubauen, die ja in dem Maße auch nicht so existiert. Das ist jetzt sehr zuge-spitzt gesagt, aber das meint, die werden da versuchen, sich als Opposition zu etablieren und erst einmal sozusagen als funktionierende Fraktion sich aufzubauen. Ich glaube, also ich bin jetzt wirklich kein Kenner der Bremer Verhältnisse, nur so ein bisschen von außen. Die sind ja eher so ein bisschen in Richtung der Berliner WASG stark geprägt von der SAV. Ich glaube, die in Berlin, hier die Fraktion und die Parteiführung, die werden froh sein, wenn die da drin sind und sagen, jetzt holen wir mal ein paar vernünftige Leute aus deren Sicht. Ich will das jetzt gar nicht bewerten, die werden da vermutlich eine schwache Opposition aufbauen. Für mich ist eigentlich eher ein anderer Aspekt interessant, der immer ein bisschen diese Fragen berührt der Emanzipation von Gysi und Lafontaine. Ich halte das ja für Kokulorus, die PDS versucht sich seit 1993 von Gysi zu emanzipieren und sie hat es nicht geschafft, sie wird es nicht schaffen, und wenn er weg ist, ist er weg. Das hat natürlich auch mit der starken Fokussierung und der Einfaltslosigkeit der Medien zu tun, auch ganz klar, und Politik ist nun mal medial vermittelt, aber offenbar gibt es davon auch Ausnahmen und Bremen könnte möglicherweise so eine Ausnahme sein. Das ist jetzt zwar ein relativ kleines Bundesland, aber falls es die Linkspartei dort schaffen sollte, über die Fünfprozent-hürde zu kommen, dann ist es ja ein Beweis dafür, dass es offenbar über die thematische Zuspitzung gelingt und nicht so sehr von Personen geprägt ist. Also ich

glaube nicht, dass der Erlangson, der dort Spitzenkandidat ist, so ein Burner ist, dass der dort die Massen vom Hocker reißt und er dann die Ursache ist, sondern die starke Zuspitzung auf die soziale Frage in einem solchen Stadtstaat wie Bremen, das, glaube ich, ist die Ursache dafür, nein, wir sind mit der SPD so unzufrieden und auch mit den Grünen, dass wir hier einfach die Linkspartei wählen. Also ein besseres Argument für die Existenzberechtigung dieser Partei - bei allen Schwierigkeiten, bei allen kulturellen Fremdheiten, bei aller ungeklärten Frage mit den Frauen in Führungspositionen - , ist es eigentlich ganz schlicht das beste Argument für die Existenzberechtigung der Partei.

Meinhard Meuche-Mäker: Da gibt es wahrscheinlich jetzt gar keinen Widerspruch, na ja, eigentlich schade, aber doch noch mal zu der Frage, was machen die dann mit ihrem Erfolg? Katina, Du hast einmal wenigstens jetzt den Kopf geschüttelt.

Katina Schubert: Ich glaube nicht, ... also dass die da jetzt zwei Jahre lang feiern, halte ich jetzt für eher unwahrscheinlich ...

Jens König: Die können gar nicht feiern vermutlich ...

Katina Schubert: ... das ist, glaube ich, das größere Problem. Eines der größten Probleme der Linken ist, mal richtig ordentlich zu feiern. Aber dann muss man das ja nicht zwei Jahre lang machen, sondern zwei Tage, aber dann auch richtig, aber das kriegen wir ja auch immer nicht so richtig hin. Ansonsten glaube ich, wenn wir es in Bremen nicht schaffen, dann wird es ganz schwer, es woanders zu schaffen. Das muss man auch sagen. Deswegen setze ich auch große Hoffnungen darauf, dass wir es in Bremen schaffen, weil es sowohl darauf, welche unterschiedlichen Milieus man dort ansprechen kann als auch darauf, was die Voraussetzungen anbetrifft, doch relativ günstig ist. Ansonsten, also nächstes Jahr seid ihr wieder dran. Hamburg ist dann sozusagen die nächste Etappe, und dann kommt Hessen. Also da müssen wir schon den einen oder anderen Erfolg im Westen erzielen, sondern wird das auch noch mal mit dem Parteaufbau West eine ganz schwierige Operation, und die schwierigste Operation steht 2010 in NRW an. Wenn es in diesem größten und bevölkerungsreichsten Bundesland gelingen würde, die Fünfprozenthürde zu überspringen und möglicherweise auch Schwarz-Gelb wieder zum Teufel zu wünschen, was ich mir ja sehr wünschen würde, allein weil die so viel Mist machen im Land, dann wäre das sozusagen der endgültige Durchbruch im Westen. Aber ich glaube, da sind wir noch relativ weit von entfernt und man kann im Moment noch nicht absehen, ob das gelingt. Grundvoraussetzung dafür ist aber, dass es uns relativ zügig gelingt nach Abschluss der Parteifusion, den Parteaufbau von unten her aufzubauen und so etwas wie landespolitische Kompetenz zu gewinnen. Denn meine Erfahrung im Westen ist die, selbst im engsten Bekanntenkreis, dass Menschen sagen, ja, wir wählen euch auf Bundesebene, denn da kommt ihr rein, da könnt ihr auch was erreichen, jetzt als

Opposition oder nicht als Opposition, das ist jetzt völlig egal, aber auf Landesebene wähle ich euch nicht, da wähle ich SPD oder die Grünen, denn entweder habt ihr nichts zu bieten konzeptionell, das ist das eine Argument, und das andere Argument ist, ihr kommt ja sowieso nicht rein, deswegen ist meine Stimme verschwendet, und da wähle ich dann doch lieber grün, was in meinem Umfeld eher der Fall ist oder eben sonst SPD. Wenn wir das jetzt schaffen, erstens zu vermitteln, dass wir es schaffen können, und da ist Bremen ein echter Meilenstein, kann ein echter Meilenstein sein, und wenn wir es schaffen zu vermitteln, dass wir tatsächlich so etwas wie landespolitische Kompetenz entwickelt haben und auch wissen, was wir im Land, also nicht nur auf der Metaebene bei der sozialen Frage und sozialen Gerechtigkeit und gegen Krieg, sondern tatsächlich im Land selber verändern wollen, was wir da an Ansatzpunkten haben – ob das die Bildungspolitik ist oder andere Felder –, wenn wir das schaffen, dann können wir auch den Durchbruch im Westen schaffen, was die parlamentarische Ebene anbetrifft. Dazu gehört dann natürlich auch noch, überzeugendes Personal zu präsentieren. Also das werde nie so Reißer sein wie Gregor oder Oskar, die können da irgendwie mal mittingeln, aber es müssen Leute sein, die glaubhaft verkörpern, wenn man sie denn mal in die Talkshow setzt, dass die dann auch im Landtag irgendwie nicht völlig einbrechen und dummes Zeug reden. Also eine gewisse Seriosität, das muss jetzt keine Spießigkeit sein, aber eine gewisse Seriosität und die Fähigkeit, einen Satz von A bis Z durchzubuchstabieren, ist da schon hilfreich.

Meinhard Meuche-Mäker: Gut, damit sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Debatte nicht beendet ist, sondern in diesem Parteiprojekt nach der Sommerpause beginnen soll. Ich möchte mit einem Zitat von Franz Walter abschließen, der nämlich davon ausgeht, dass die objektiven Konfliktstrukturen in dieser Gesellschaft offensichtlich genügend Benzin liefern, damit dieses Parteiprojekt auch in Zukunft weiter fahren wird. Nehmen wir diesen Satz erst einmal so hin und sehen trotzdem gespannt, was passiert...



In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:

HS 1: Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 – vergriffen

HS 2: Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei (1,50 €)

HS 3: Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" (1,50 €)

HS 4: Zeichen für Rosa Luxemburg. Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte – vergriffen

HS 5: Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

HS 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus - vergriffen

HS 7: Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis? Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

HS 8: Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust - vergriffen

HS 9 (Sonderband): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark (6,00 €)

HS 10: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)

HS 11 (Sonderband):Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – (6,90 €)

HS 12: „Individuelle Rechte werden aufgehoben“ Analysen zu HARTZ IV (2,00 €)

HS 13: Umerzienung durch die Herrschaft Gottes. Die Erweckungsbewegung "Moralische Aufrüstung" im Reeducation-Programm der Nachkriegszeit (2,00 €)

HS 14: Mythen über die Internationalen Brigaden. Neuere Forschungsergebnisse zum Spanischen Bürgerkrieg (2,00 €)

HS 15: Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik (2,00 €)

HS 16: Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann. 8 Thesen (2,00 €)

Die Ausgaben der Hamburger Skripte (außer Sonderbänden) können kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.